

40/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen



Bundesausschuß

der CDU

am 11. Dezember

in Berlin

- Rede des Bundeskanzlers
- Deutschland-Erklärung:
Verabschiedung der Leitlinien
zur Deutschlandpolitik
mit Einführungsrede von
Volker Rühe
- Reden der Gäste aus der DDR

In dieser Ausgabe:

Mit der Feststellung „Wir sind ein Volk“ und der Forderung „Freiheit und Einheit“, die sich daraus ergibt, haben sich die Delegierten des „Kleinen Parteitags“ der CDU in Berlin unter einem Motto versammelt, das wie kein anderes jemals auch das Thema aller Redebeiträge, Diskussionen und Beschlüsse war:

- in der Rede des Bundeskanzlers
- in der Rede des Generalsekretärs
- in den „Leitlinien zur Deutschlandpolitik“ und
- in den Reden der Gäste aus der DDR.

Wegen der großen Bedeutung dieser Bundesausschußsitzung am 11. Dezember 1989 haben wir die heutige UiD-Ausgabe in einer so großen Auflage drucken lassen, daß Nachbestellungen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der Telefon-Nr. (02 28) 54 44 77 möglich sind.

Zugleich sind auch die „Leitlinien zur Deutschlandpolitik“ ab sofort unter der Bestell-Nr. 5223 für 8,— DM pro Mindestabnahme von 50 Exemplaren in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4808 Versmold, erhältlich. Bis zur nächsten Ausgabe des UiD am 11. Januar 1990 wünschen wir Ihnen

*ein frohes Fest und
ein glückliches neues Jahr!*

*Wir
sind ein
Volk!*

CDU

Bestellen Sie nach!

Für aktuelle deutschlandpolitische Aktionen haben die Kreisgeschäftsstellen Plakate und Aufkleber mit dem Slogan „Wir sind ein Volk“ erhalten. Bei Bedarf können die Plakate und Aufkleber mit der zentralen Aussage unserer Deutschlandpolitik unter der Telefonnummer (02 28) 54 43 79 nachbestellt werden.

*Wir sind
ein Volk!*

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Freiheit und Einheit Deutschlands vollenden

Wie ich in der Begrüßung sagte, treffen wir uns in diesem Jahr hier in Berlin unter völlig neuen Vorzeichen. Wir erleben Veränderungen, die noch vor wenigen Wochen kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Vor genau drei Monaten waren wir in Bremen zu unserem Bundesparteitag zusammengekommen. Damals hörten wir die erlösende Nachricht aus Ungarn: Die vielen jungen Menschen aus der DDR, die sich in unsere Botschaft in Budapest geflüchtet hatten, durften in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen — und wir alle freuten uns mit unseren Landsleuten.

Ich glaube nicht, daß wir uns damals alle bewußt waren, daß diese schicksalhafte Entscheidung der ungarischen Regierung unter anderem das Signal für die revolutionäre Umgestaltung der DDR sein würde.

Wieviel hat sich seither ereignet! In wenigen Wochen hat sich die Situation in Deutschland und Europa auf dramatische Weise verändert. Der unüberhörbare Ruf unserer Landsleute nach Freiheit hat einen tiefen Einschnitt bewirkt. Sie demonstrieren auf den Straßen in Leipzig, in Dresden, in Berlin und anderswo für ihr Recht auf Selbstbestimmung — und mehr und mehr auch für die Einheit Deutschlands.

Der Wandel zeigt sich nicht zuletzt daran,

daß wir heute Gäste aus der DDR bei uns haben. Ich hoffe sehr, daß ein solches Bild bald zur Selbstverständlichkeit bei den Veranstaltungen der CDU Deutschlands gehört.

Ich erinnerte eben aus gutem Grund an meine Rede auf dem Bremer Bundesparteitag. Ich habe damals vier Beispiele

Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß in Berlin am 11. Dezember 1989

genannt, die unsere Visionen für die Zukunft besonders eindringlich beschreiben:

Erstens: Ein vereintes Europa, in dem die Teilung unseres Kontinents in Freiheit überwunden wird.

Zweitens: Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit für alle Deutschen.

Drittens: Die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung.

Viertens: Eine solidarische, eine menschliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht.

Was ich in Bremen gesagt habe — zum Beispiel zu den Themen „Umwelt“ und „Familie“ — hat nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt, ich will Sie nachdrücklich darauf verweisen. Heute aber wollen wir

uns ganz bewußt auf unsere Politik für Deutschland und für Europa konzentrieren.

Die kommunistische Herrschaft in der DDR bricht zusammen, die SED dankt ab. Und unsere Landsleute sind dabei, sich mit friedlichen Mitteln ihre Freiheit zu erkämpfen.

Ich sage noch einmal, was ich in den vergangenen Wochen immer wieder erklärt habe: Wir sind stolz auf unsere Landsleute, auf ihren Freiheitswillen, ihren Mut, ihre Besonnenheit. Wir wollen ihnen ganz einfach zurufen: „Ihr steht nicht allein, wir sind ein Volk! Wir gehören zusammen!“

Berlin war über Jahrzehnte hinweg das Symbol der Teilung Deutschlands und damit immer auch der Teilung Europas. Das Bild der Mauer vor dem Brandenburger Tor stand weltweit für jene Grenze, die Europa ebenso wie unser Vaterland auf eine unmenschliche Weise zerschnitt.

Berlin stand und steht aber vor allem für die friedliche Kraft der Freiheit — und für die Botschaft, daß der Freiheitswille der Menschen nicht gebrochen werden konnte. Und niemand von uns wird je den Augenblick vergessen, als in der Nacht vom 9. auf den 10. November die Mauer in Berlin geöffnet wurde. Uns stehen noch die Bilder dieser Nacht vor Augen, die ergreifenden Szenen der Freude, des Glücks und der Brüderlichkeit.

Vielleicht hat uns das einen Augenblick lang vergessen lassen, wie nahe Freude und Leid beieinander liegen können. Wir haben es gerade in diesen Tagen wieder erfahren: Der brutale Mord an Alfred Herrhausen hat uns hart getroffen — wie ein Schlag. Eine der herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft,

ein führender Repräsentant unseres Landes, ein guter Freund, ein deutscher Patriot ist einen sinnlosen Tod gestorben. Seinen Angehörigen und vielen anderen Menschen wurde großes Leid zugefügt.

Liebe Freunde, dieser feige Anschlag richtet sich gegen uns alle — gegen unsere freiheitliche Ordnung und gegen jene Ideen, die jetzt weltweit immer mehr Zustimmung finden. Und auf eine schreckliche Weise ist uns bewußt geworden, daß die Feinde der Freiheit nicht ruhen und daß wir wachsam bleiben müssen. Es gilt, den terroristischen Bedrohungen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen.

Die Mörder Alfred Herrhausens und der vielen anderen, deren ich im Dom zu Frankfurt dieser Tagen gedachte, sind keine verirrten jungen Leute, die womöglich Verständnis verdienen oder gar als Partner für einen Dialog in Frage kommen. Sie sind Verbrecher, und als solche werden sie verfolgt und bestraft werden. Ihr Ziel aber werden sie nicht erreichen. Sie werden diese freiheitliche Ordnung nicht zerstören können, und sie werden auch die Hoffnungen der Menschen nicht zerstören können — Hoffnungen auf eine friedlichere, auf eine gerechtere Welt.

Liebe Freunde, es geht jetzt um die Freiheit für **alle** Deutschen — und zwar in allen Bereichen ihres Lebens.

Es geht darum, die Freiheit und Einheit Deutschlands zu vollenden. An diesem Auftrag unserer Verfassung, des Grundgesetzes, haben wir Christlichen Demokraten immer selbstverständlich festgehalten — im Gegensatz zu manchen anderen.

Daß sich auf dem Weg zu diesem Ziel neue Chancen eröffnen, ist gewiß auch

eine Folge unserer Grundsatztreue und unserer Standfestigkeit in dieser Frage.

Wir sind heute Zeugen eines Siegeszuges der Freiheit in vielen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Das verdanken wir — ich sage es noch einmal — in erster Linie den vielen Menschen dort: unseren Landsleuten in der DDR, aber auch den Menschen in anderen Staaten des Warschauer Pakts.

Dieser Siegeszug der Freiheit ist aber auch — und es ist wichtig, das immer wieder zu sagen — das Ergebnis politischer Entwicklungen in den vergangenen Jahren. Ich denke vor allem an die erfolgreiche Politik des westlichen Bündnisses, an die Anziehungskraft des europäischen Einigungswerkes, auch an die Politik der Umgestaltung von Generalsekretär Gorbatschow und das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik, die jetzt das Recht der Völker auf ihren eigenen Weg — wie Generalsekretär Gorbatschow und ich es in der Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni dieses Jahres in Bonn bekräftigt haben — ausdrücklich anerkennt.

Besonders wichtig — ich wiederhole es — war das, was die Reformbewegungen in Ungarn und Polen in Gang gesetzt haben.

Wir haben mit unserer Politik zu all diesen Entwicklungen beigetragen. Und gerade weil jetzt so viele — auch in der Bundesrepublik — über Nacht Positionen verändern und sich in einer Weise darstellen, als hätte man es von ihnen vorgestern und gestern — und selbst noch in diesem Jahr — noch ganz anders gehört, ist es wichtig, daß wir als CDU deutlich machen, woher wir kommen, wo wir stehen und wohin wir gehen werden. So war zum Beispiel die feste Einbindung in die Wertegemeinschaft des Westens

immer das unverzichtbare Fundament einer aktiven Deutschlandpolitik. Konrad Adenauer und die CDU haben diese Politik durchgesetzt, und wir stehen auch in Zukunft dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien eingegliedert und in ihr fest verankert bleibt.

Wir, die Union und die von uns geführte Bundesregierung, haben in einer kritischen Phase — in den Jahren 1982 und 1983 — gegen erbitterten Widerstand am NATO-Doppelbeschluß festgehalten und so den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz gesichert.

Das hat, wie jeder weiß, im Ergebnis zum Durchbruch bei der Abrüstung geführt. Zum ersten Mal in der Geschichte wird weltweit eine ganze Kategorie sowjetischer und amerikanischer Nuklearwaffen abgebaut. Vor allem aber hat diese Standfestigkeit, diese Grundsatztreue zum Umdenken im Warschauer Pakt wesentlich beigetragen.

Liebe Freunde, es ist ja heute so, daß es fast schon als unsittlich gilt, wenn wir unseren politischen Gegnern ihre Irrtümer von gestern vorhalten. Dennoch tun wir gut daran, uns noch einmal an jene Wahlkampfparolen zu erinnern, mit denen sie noch vor wenigen Jahren gegen uns Stimmung machten. Was hat man uns nicht alles vorgeworfen! Man sprach davon, daß wir, die Union, „nicht friedensfähig“ seien. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Die Erfolge unserer Politik für den Frieden sind für jeden erkennbar, hier auf dem Kurfürstendamm, aber beispielsweise auch in Kreiselau und anderswo in der Welt.

Wenn wir damals nicht standfest geblieben wären, wäre vieles von dem, was heute beinahe selbstverständlich erscheint, nicht möglich gewesen.

Mit unserem erfolgreichen Engagement für die wirtschaftliche und politische Integration Europas haben wir zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft entscheidend beigetragen. Ich habe mich dafür mit ganzer Kraft eingesetzt, weil ich immer wußte, daß das, was Konrad Adenauer schon in den fünfziger Jahren formuliert hat, stimmt — daß nämlich die Probleme der Deutschen nur unter einem europäischen Dach zu lösen seien.

Und schließlich haben wir in der Union — und ich behaupte: mehr als alle anderen — unbeirrt für den Zusammenhalt unserer Nation gewirkt. Wir haben durch unsere Politik das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.

Es ist reizvoll — auch für Sie —, in diesen Tagen noch einmal die kritischen Kommentare nachzulesen — und zu sehen, von wem sie kamen —, die anläßlich des Besuches von Erich Honecker in Bonn über meine Tischrede verbreitet wurden. Ich brauche keinen Satz aus dieser Rede zurückzunehmen.

Und ich erinnere in dieser Stunde auch — weil es ja auch in unseren Reihen damals Diskussionen gab, ganz heftige zum Teil — an die Debatte, die wir hatten, als es um den sogenannten Milliardenkredit ging. Übrigens haben die Steuerzahler in der Bundesrepublik — das will ich doch einmal betonen, weil immer wieder etwas anderes behauptet wird — bis zu dieser Stunde keine Mark aufbringen müssen für diesen Kredit; denn dieser Kredit ist niemals notleidend geworden. Es war ein Bankkredit, für den wir Garantien gegeben haben. Aber: im Gefolge dieses Kredits sind Millionen

von Reisen aus der DDR zu uns möglich geworden. Die Stärkung des Bewußtseins dafür, daß wir Deutschen zusammengehören — das ist doch ein Erfolg dieser Politik!

Liebe Freunde, wir waren als Union immer die deutsche Europa-Partei. Wir waren gleichzeitig immer auch die Partei mit dem Willen zur Einheit. Das wird so bleiben — und das allein ist schon ein Grund, alles zu tun, um in dem bald beginnenden Wahljahr gut bestehen zu können. Wer noch Zweifel daran hat, daß in dieser geschichtlichen Stunde die Handschrift der Union notwendig ist, der sollte sich einmal die Ereignisse der letzten Wochen vor Augen führen. Denn wer, wenn nicht wir, soll in dieser Zeit dramatischer Veränderungen Kurs halten und unsere Chance nutzen?

Ich begrüße es, daß jetzt zahlreiche Sozialdemokraten unsere erfolgreiche Politik für Deutschland im wesentlichen unterstützen. Solche Gemeinsamkeit ist gut, und ich wünsche sie mir auf vielen Feldern. Es gibt in unserer freiheitlichen Demokratie genügend Felder der Politik, auf denen wir uns streitig — und das gehört dazu — auseinandersetzen können. Es täte der deutschen Sache jedoch gut — nicht zuletzt draußen in der Welt —, wenn es einige wichtige Bereiche gäbe, in denen wir, die großen demokratischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, gemeinsame Wege beschritten.

Deshalb bedauere ich, daß innerhalb der SPD — trotz der Beschlüsse von vergangener Nacht — zum Teil ganz andere Vorstellungen vertreten werden, die einer Gemeinsamkeit unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen. Die Sozialdemokraten müssen das unter sich austragen.

Wie war das denn mit den Forderungen aus den Reihen der SPD, eine eigene Staatsangehörigkeit der DDR — eine Uraltforderung von Erich Honecker — anzuerkennen? Heute will sie das nicht mehr wahrhaben — aus gutem Grund. Denn, liebe Freunde, was wäre denn aus unseren Landsleuten in Ungarn und in den Botschaften in Prag und Warschau geworden, wenn wir diese Forderung der SPD übernommen hätten?

Jahrelang hat man uns vorgeworfen, wir würden keine Kontakte zu den kommunistischen Parteien des Warschauer Pakts pflegen. Um diese Vorwürfe ist es jetzt sehr still geworden. Wir brauchen heute nicht gemeinsame Positionspapiere — wie insbesondere jenes von SED und SPD — mühsam unter den Tisch zu kehren. Wir haben solche Art von Gemeinsamkeit nie gesucht, und wir werden das auch in Zukunft nicht tun.

Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von der SPD ein klares Wort zu ihrem gemeinsamen Grundwerte-Papier mit der SED. Es datiert vom August 1987, und das ist so lange noch nicht her. „Beide Seiten“, so heißt es dort zum Beispiel, „müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“

Es geht in Wahrheit doch nicht darum, „daß ein System das andere abschafft“. Es geht um den Willen der Mehrheit unserer Landsleute in der DDR — und sie haben denn auch dem Machtmonopol der SED ein Ende bereitet.

Deswegen, liebe Freunde, lassen Sie uns die Auseinandersetzung um den besten

Weg in der Deutschlandpolitik mit großer Entschiedenheit und mit kämpferischem Elan führen!

Wir in der Union standen zu unseren Prinzipien. Für mich stand die Präambel unseres Grundgesetzes nie zur Disposition. Ich habe sie immer — in allen meinen Ämtern, nicht zuletzt seit meiner Wahl zum Bundeskanzler — als eine sehr persönliche Verpflichtung empfunden.

Die Präambel fordert das deutsche Volk auf, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, und sie bekundet den Willen des deutschen Volkes, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Diese beiden Aufträge gehören zusammen, und sie sind von den Gründern der Union — übrigens nicht zuletzt hier in Berlin, im Sommer 1945 — von Anfang an als zusammengehörig verstanden worden. Und als wir vor einigen Wochen im Hof von Kreisau standen, wurde uns einmal mehr bewußt, wie der Geist des Kreisauer Kreises — dessen Mitglieder ja doch zur Elite des „anderen Deutschland“ in finsterner Zeit gehörten — lebendig geblieben ist.

Wir stehen heute — und wir sollten das mit Nachdenklichkeit erkennen — am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte. Es gibt kluge Leute, die vermutlich zu Recht sagen, daß in diesen Wochen das Ende der Nachkriegszeit begonnen oder sich sogar vollzogen habe. Wer das Treffen von Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow vor Malta beobachtet hat, der weiß, daß wir einen historischen Augenblick erleben: Wir treten jetzt — Gott sei Dank! wohl endgültig — aus dem Schatten des kalten Krieges heraus in der Hoffnung, daß jetzt eine neue Ära beginnt, die vom Geist der Freiheit

und vom friedlichen Miteinander der Völker geprägt ist.

Wir, die CDU, haben unsere Vision einer europäischen Friedensordnung immer wieder vorgetragen. Es geht jetzt darum, eine solche Friedensordnung zu gestalten. Und wir, liebe Freunde, sind aufgerufen, daran mitzuwirken. Deshalb habe ich am 28. November vor dem Deutschen Bundestag mein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt.

Diese zehn Punkte sind von manchen ja bewußt mißverstanden worden. Und ich erlebe selbst im Gespräch mit Repräsentanten der internationalen Politik, daß sie mehr **über** die zehn Punkte gelesen haben als die zehn Punkte selbst. Weil dies so ist — wir kennen ja dieses Übel auch aus der eigenen Partei, wir brauchen also nicht auf andere herabzuschauen, — will ich hier noch einmal klarstellen: Niemand kann und soll diese Punkte als starres Konzept oder gar als einen Zeitplan mißverstehen. Wer den Text liest und die Gedankengänge, die mich bewegen, wirklich zur Kenntnis nimmt, der weiß, daß ich für ein möglichst hohes Maß an Flexibilität und an Offenheit für die künftigen Entwicklungen plädiere.

Es kann und soll kein künstlicher Zeitdruck erzeugt werden, noch kann man, wie es manche glauben, die deutsche Frage aus der gesamteuropäischen Entwicklung herauslösen.

Wer die zehn Punkte als Ganzes liest — und sie sind nur als Ganzes verständlich —, der weiß, daß es mir vor allem um einen organischen Prozeß geht: einen Prozeß, der die Stabilität in Europa sichert und die Interessen aller berücksichtigt.

Aber nicht wir oder andere in Ost und West bestimmen heute Inhalt, Richtung und Tempo dieses Prozesses. Die Entwicklung in der DDR — und das muß man sagen, obwohl es manche nicht gerne hören — wird von den **Menschen** dort gestaltet. Sie kann nicht von irgend-einem „grünen Tisch“ oder gar mit einem Terminkalender in der Hand geplant werden.

Und selbstverständlich gilt: Die Menschen in der DDR müssen frei bestimmen können, welchen Weg sie gehen wollen. Jeder in Deutschland, in Europa und weltweit wird das zu respektieren haben — ob es ihm gefällt oder nicht. Ich selbst habe nie einen Zweifel daran gehabt, daß sich die Menschen in der DDR zu gegebener Zeit für die Einheit unseres Vaterlandes entscheiden werden.

Liebe Freunde, ich beschränke mich auf wenige Sätze zu den Elementen des Zehn-Punkte-Programms:

Zunächst geht es darum, Sofortmaßnahmen einzuleiten. Wir wollen so rasch wie möglich helfen, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird — im humanitären Bereich, etwa bei Engpässen in der medizinischen Versorgung.

Ich begrüße es, daß zur Lösung des Devisenproblems jetzt eine Übereinkunft mit den Verantwortlichen in der DDR getroffen wurde. Für uns in der Bundesrepublik Deutschland ist dabei auch wichtig, daß der Mindestumtausch und die Visumspflicht bei Reisen in die DDR abgeschafft werden. Ab 1. Januar wird Wirklichkeit, was wir uns — ich sagte es schon — zum Ziel gesetzt haben: ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

Liebe Freunde, man muß sich einmal klarmachen, was dies bedeutet: Nach Jahrzehnten der Teilung und

der Trennung können die Deutschen endlich wieder frei zusammenkommen.

Ich bedanke mich bei all denen, die mitgeholfen haben, daß dies noch vor Weihnachten — und das ist ein wirkliches Weihnachtsgeschenk an die Deutschen — vereinbart werden konnte. In diesen Dank schließe ich die zuständigen Stellen in der DDR ausdrücklich ein. Aber daß ich mich besonders bei unserem Freund Rudolf Seiters bedanke, versteht sich von selbst.

Was er hier geleistet hat, konnte ich aus nächster Nähe beobachten. Er hat viel und hart gearbeitet, und er hat unser Lob verdient. Und da wir ja in der CDU Deutschlands mit dem Lob für die eigenen Leute allzu sparsam sind, spreche ich ihm besonders gern meine Anerkennung aus.

Ich selbst werde in der nächsten Woche, am 19. Dezember, nach Dresden reisen, um mich dort mit Ministerpräsident Modrow zu treffen. Dieses Treffen findet genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Wer hat mich nicht alles bedrängt, schon früher zu fahren! Auch um diese Ratschläge ist es still geworden. Denn so mancher in der DDR, mit dem ich hätte sprechen sollen, ist schon nicht mehr in Amt und Würden.

Auch aus dieser Erfahrung sollten wir in unserer Partei die nötigen Lehren ziehen: Lassen wir uns doch nicht von irgendwelchen Kommentatoren — zumal solchen, die uns alles andere als gewogen sind — jeden Unsinn aufreden. Wer in der Politik vernünftig handeln will, darf sich nicht von den Aufregungen des Tages überwältigen lassen. Wer jeder Mode hinterherläuft, über den geht die Entwicklung sehr schnell hinweg. Unser Handeln muß auf unsere Überzeugungen gegründet sein. Wir brauchen sowohl den Mut

zur Entscheidung als auch den Mut zur Gelassenheit. Das kann ich immer wieder nur eindringlich unterstreichen, gerade jetzt und in dieser Zeit.

Wir werden in Dresden darüber zu sprechen haben, wie die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland ausgebaut werden kann: Auf wirtschaftlichem, auf wissenschaftlich-technologischem und kulturellem Gebiet, vor allem auf jenen Gebieten, wo unsere Zusammenarbeit den Menschen unmittelbar zugute kommt. Ich denke an das, was unser Freund Klaus Töpfer in großartiger Weise eingeleitet und vorangebracht hat im Bereich des Umweltschutzes. Ich denke auch an die überfällige Verbesserung — Christian Schwarz-Schilling nimmt sich dieser Sache besonders an — im Bereich der Fernspreverbindungen: Es dient ja immer auch dem Zusammenhalt der Nation, wenn möglichst viele Menschen hüben und drüben problemlos miteinander telefonieren können.

Ich habe darüber hinaus angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein grundlegender Wandel des politischen Systems in der DDR unumkehrbar in Gang gesetzt wird. Manche haben mich auch dafür gescholten. Es geht mir jedoch nicht um den Aufbau einer „Druck-Kulisse“. Ich lasse mich vielmehr von der Erwägung leiten, daß die Menschen in der DDR es einfach nicht verstünden, wenn wir ihre Freiheitsbestrebungen nicht mit Nachdruck unterstützten.

Für mich heißt „unumkehrbar“ beispielsweise, daß die gegenwärtige politische Führung in der DDR sich mit den Oppositionsgruppen bei den Gesprächen am „Runden Tisch“ auf den zukünftigen

Weg einigt. Das heißt, um es klar auszusprechen: Wir wollen nicht, daß irgendeine Gruppierung von diesen Entscheidungen ausgeschlossen wird. Wir wollen die Stimme des Volkes am „Runden Tisch“ wiedererkennen können, etwa bei weiteren Verfassungsänderungen und bei einem neuen Wahlgesetz — einem Wahlgesetz, das freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger — das heißt auch: nicht-sozialistischer — Parteien ermöglicht. Dies sind Forderungen, die ich unterstütze, und wir sind jetzt offensichtlich in der glücklichen Lage, daß sich die Dinge auch in diese Richtung entwickeln.

Ebenso unterstützen wir selbstverständlich die Forderungen nach Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR, insbesondere nach Abschaffung des politischen Strafrechts. Für uns ist klar: Alle politischen Gefangenen müssen jetzt freigelassen werden.

Unsere Wirtschaftshilfe kann nur wirksam werden, wenn in der DDR die entsprechenden Grundlagen geschaffen werden. Das ist schlicht und einfach die Voraussetzung dafür, daß sich die Dinge zum Besseren wenden. Das hat mit Belehrungen überhaupt nichts zu tun. Auch die Ungarn haben dergleichen nicht als Belehrung empfunden: Unsere guten und engen Kontakte mit der ungarischen Führung beweisen das, und wenn ich heute in einer Woche vor dem ungarischen Parlament eine Rede halten werde, dann wird dieses Einvernehmen für jedermann erkennbar sein.

Die Menschen in der DDR selbst müssen auch im Blick auf die Wirtschaftsordnung entscheiden, was sie wollen. Sie werden sich dabei gewiß auch am Beispiel jener Nachbarländer orientieren, die mit ihren

Wirtschaftsreformen Erfolg haben. Sie wissen genau, daß von unseren beiden deutschen Landsleuten Ludwig Erhard und Karl Marx heute Ludwig Erhard sich mit seinen freiheitlichen Ideen durchsetzt — in Ost und West. Das gilt, wie ich weiß, nicht zuletzt für die Sowjetunion. Es kann nicht unser Ziel sein, ein abgewirtschaftetes System zu stabilisieren, das von den Menschen abgelehnt wird. Unsere Landsleute wollen auch im wirtschaftlichen Bereich klare Verhältnisse haben. Sie wollen dem Machtmißbrauch ein Ende bereiten, und dafür habe ich volle Sympathie.

Ich bin heute mehr denn je überzeugt davon, daß unter den Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft das Ideengebäude von Ludwig Erhard und seinen Freunden das einzig wirklich angemessene Ordnungsprinzip ist.

Ludwig Erhard hat die Soziale Marktwirtschaft niemals nur — ich sage bewußt „nur“ — als eine Wirtschaftsordnung, sondern stets auch als eine freiheitliche Gesellschaftsordnung verstanden. Und das Prinzip Freiheit ist eben immer noch das beste Prinzip, um Menschen zu motivieren, etwas zu tun. Und weil das so ist, ist es außerordentlich wichtig, daß auch die Menschen in der DDR, die ja mindestens genauso fleißig sind wie die Deutschen in der Bundesrepublik, genauso intelligent und genauso tüchtig, endlich ihre Chance bekommen; daß sie selbst darüber bestimmen können, welchen Weg sie nehmen, um ihr Glück, auch ihr privates Glück, zu finden.

Sie wollen eine **freiheitliche** Wirtschaftsordnung — eine Ordnung, in der ihre Leistungskraft sich entfalten kann. Und das heißt: Wir wollen helfen, wir wollen die Chance nutzen, damit möglichst viel —

auch privates — Kapital unter angemessenen Bedingungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gelangt. Ich kenne viele Dutzende — ich glaube sogar, die Zahl geht in die Hunderte — von bundesdeutschen Unternehmern und Unternehmen, die nur auf ein entsprechendes Startsignal warten. Sie sagen sich: Wenn wir die Chance zum Investieren erhalten — etwa unter den gesetzlichen Bedingungen, wie sie jetzt im ungarischen Parlament verabschiedet wurden: warum sollte dergleichen nicht auch bald in der DDR möglich sein? —, dann gehen wir natürlich in die DDR.

Viele von denen kommen doch aus der DDR. Man muß gelegentlich daran erinnern. Man muß gelegentlich auch daran erinnern, daß die zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge den Wiederaufbau der Bundesrepublik möglich gemacht haben. Warum sollten das unsere Landsleute in Eisenach, in Halle, in Dresden oder in Leipzig nicht heute auch können, wenn sie vergleichbare Bedingungen haben? Und genau das wollen wir. Wir wollen, daß sie vergleichbare Bedingungen haben und zeigen können, was sie schaffen wollen — und sie werden es schaffen.

Dieses Ziel unserer Politik gilt nicht zuletzt auch für die Deutschen in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Viele von ihnen würden gern in ihren Heimatregionen bleiben, wenn sie dort leben könnten, wie sie es wünschen. Es kann nicht unsere Politik sein — das will ich noch einmal sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen —, daß die Menschen aus der Sowjetunion oder aus Polen in großer Zahl ihre angestammte Heimat verlassen, um bei uns ein neues Zuhause zu finden. Unser Ziel muß sein, daß sie in ihrer angestammten Heimat die Chance finden, ihr Glück in aller Freiheit und nach eigener Disposition zu finden.

Auch weiterhin werden noch Deutsche als Aus- oder Übersiedler zu uns kommen — zum Beispiel aus Rumänien. Ich glaube nicht, daß die Rumänen-Deutschen noch eine echte Chance haben, und es ist unsere selbstverständliche Pflicht, sie bei uns aufzunehmen und ihnen zu helfen.

Wir haben keinen Grund, angesichts der Probleme mit den Deutschen, die da zu uns kommen, zu verzagen und ängstlich zu sein. Jene, die sich in dumpfen Stammtisch-Parolen über diese Landsleute abfällig äußern, sollten einmal bedenken, was es heißt, in den letzten fünfzig Jahren etwa in Rumänien als Deutscher gelebt zu haben. Sie sollten einmal mit jenen Frauen sprechen, die jetzt fünfundsechzig oder siebzig sind und die den Weg von Rumänien nach Sibirien, von Sibirien nach Rumänien gegangen sind und dann wieder in Rumänien gelebt haben.

Wer von Solidarität spricht, muß wissen: Das ist keine Einbahnstraße. An die Adresse von so manchem in der linken Szene der Bundesrepublik Deutschland füge ich hinzu: Wer auf den Straßen und Plätzen präsent ist, wenn es zum Beispiel um Nicaragua geht, der sollte sich endlich einmal vor allem auch um die Deutschen kümmern.

Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer „Vertragsgemeinschaft“ gesprochen. Wir sind bereit — ich bin bereit —, diesen Gedanken aufzunehmen. Die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz der Zusammenarbeit — und das heißt übrigens für uns immer selbstverständlich: unter voller Einbeziehung Berlins.

Wir sind auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen. Ein solcher Weg braucht Zeit. Hier geht es um lange Zeiträume — und ich sage das, um den einen oder anderen vor der Illusion zu warnen, dies alles stünde uns schon morgen abend ins Haus. Ein solcher Weg setzt zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus. Ich kann mir gut vorstellen, daß nach freien Wahlen schon bald folgende Institutionen entstehen könnten:

- ein gemeinsamer Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und zur Abstimmung in politischen Fragen,
- gemeinsame Fachausschüsse,
- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium

und manches andere mehr.

Stufenweise könnten neue Formen institutioneller Zusammenarbeit entstehen und ausgeweitet werden. Das liegt auch in der Tradition der deutschen Geschichte. Dabei müssen wir nicht immer nur an den Gesamtstaat denken. Es ist doch einfach überfällig, daß die beiden Teile Berlins und dessen Umfeld wieder enger zusammenarbeiten. Das gilt allgemein für die ganzen Grenz-Regionen. Es ist heute — ich sage das hier gerade unseren Gästen aus der DDR — in einer im Vergleich zu früher geradezu unfaßbaren Weise längst selbstverständlich, daß an der West-Grenze Deutschlands regionale Zusammenschlüsse bestehen. Am kommenden Freitag werde ich mich mit François Mitterrand, dem französischen Staatspräsidenten, und dem Schweizer Bundespräsidenten in Basel treffen. Da geht es um die Zusammenar-

beit in dieser Grenzregion, namentlich zwischen Baden-Württemberg, dem Elsaß und der Schweiz. Wir haben ähnliche Kooperationen im saarländischen Raum — mit Lothringen und mit Luxemburg —, zwischen Niedersachsen und seinen Nachbarn, im Aachener Raum, zwischen Schleswig-Holstein und den dänischen Nachbarn.

Vierzig Jahre Teilung haben beispielsweise auch dazu geführt, daß man sich mitten in Deutschland in der Verkehrspolitik den Rücken zugewandt hat. Das muß anders werden, und zwar so schnell wie möglich. So trete ich dafür ein, daß wir im Rahmen der jetzt geltenden oder noch zu treffenden Abmachungen auch an die Anbindung Berlins an die Strecken für die künftigen schnellen Züge denken.

Es ist an der Zeit, daß wir das gesamte Verkehrskonzept neu bedenken. Wir werden ja am Freitag in Basel die drei modernsten Zugkombinationen vorführen, die es in Europa gibt: in der Schweiz, in der Bundesrepublik und in Frankreich. Es wäre doch eine schöne Vision einer friedlichen Entwicklung in der Welt, daß man einmal mit solchen Zügen von Paris über Berlin — eben quer durch Deutschland — und über Warschau nach Moskau fahren könnte. Das ist doch eigentlich das Ziel, das wir uns jetzt setzen sollten. Auch das gehört zum Zusammenwachsen in Europa.

Ich spreche bewußt nicht, was die Zukunft in Deutschland angeht, von einer „Konföderation“. Einer von mehreren Gründen ist, daß ein solcher Schritt aufgrund der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit beider Staaten in Deutschland Fragen aufwirft, die wir — auch ich — heute noch nicht beantworten können, solange die Überwindung der Trennung Europas und die Abrü-

stung nicht weiter vorangeschritten sind.

Denn daran kann es keinen Zweifel geben: Die künftige Architektur Deutschlands — ich verwende bewußt dieses Bild vom Haus — muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas — und das heißt: in eine gesamteuropäische Friedensordnung, die auf der Grundlage von Freiheit, Selbstbestimmung und Achtung der Menschenrechte die Völker und Menschen in Europa zusammenführt.

Ziel unserer Politik war es niemals und wird es niemals sein — wie es viele befürchten in Den Haag, in London, in Rom, in Paris, Sie brauchen nur die Zeitungen der letzten Woche zu lesen —, daß wieder ein übermächtiges Deutschland in der Mitte Europas begründet wird. Das deutsche Volk bekennt sich im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland „zu unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Wir wollen Ort des Friedens und der Freiheit sein.

Seit Konrad Adenauer ist es unsere Politik, die deutsche Frage im europäischen Rahmen, gemeinsam mit unseren Nachbarn und Freunden, lösen zu wollen. Wir bekennen uns zur europäischen Idee — einer Idee, die schon vor dem Ersten Weltkrieg und dann in der Zeit zwischen den beiden Kriegen lebendig war. Denken Sie beispielsweise an das, was Romain Rolland in den zwanziger Jahren geschrieben hat.

Es hat noch einmal dieser schrecklichen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges bedurft, bis wir begriffen haben, was das Gebot unserer Zeit, was jetzt unsere Aufgabe ist. Ich kann es nur beschwörend

immer wieder sagen, was ich am Freitag und Samstag in Straßburg gesagt habe: Wir, die Deutschen, wollen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts unsere Probleme nicht im Alleingang lösen. Wir berücksichtigen die legitimen Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten. Es gibt keine deutschen Alleingänge. Wir sind mitverantwortlich für die Sicherheit in Europa.

Deutschlandpolitik und Europapolitik lassen sich nicht voneinander trennen: Sie sind und bleiben wie zwei Seiten derselben Medaille. Das müssen wir immer wieder bedenken.

Es gilt, den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft energisch voranzutreiben — aber wir müssen uns auch stets bewußt bleiben, daß die EG nicht das ganze Europa ist. Natürlich gehören Brandenburg, Leipzig und Dresden dazu, Warschau und Krakau, Budapest und Wien, Bern und Helsinki. Aber die EG ist ein Kristallisationspunkt für das Europa der Freiheit — mit einer starken Ausstrahlungskraft über die Grenzen der Gemeinschaft hinweg. Die Dynamik des Einigungsprozesses im westlichen Teil unseres Kontinents hat maßgeblich dazu beigetragen, daß auch im Osten verkrustete Strukturen aufbrachen.

Beim Europäischen Rat in Straßburg waren sich die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten darin einig, daß die Gemeinschaft mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zugehen muß. Es dürfte jetzt bald — und wir betreiben das mit Nachdruck — den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR geben, und ich hoffe, daß jetzt beispielsweise auch Polen und Ungarn näher an die Gemeinschaft herangeführt werden können.

Die Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind ein Herzstück der gesamteuropäischen Architektur — und für uns ein wichtiges Instrument, um die Friedensordnung der Zukunft zu schaffen. Wir wollen die bevorstehenden Foren und Veranstaltungen nutzen, um auch über neue institutionelle Formen der Zusammenarbeit nachzudenken, beispielsweise beim Umweltschutz.

Jetzt haben wir auch neue Chancen im Felde der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Das Treffen zwischen George Bush und Michail Gorbatschow vor Malta vermittelt auch insoweit eine gute Perspektive für das Jahr 1990. Ich bin ziemlich sicher — und Sie wissen, ich bin zurückhaltend in meinen Prognosen —, daß eine große Chance besteht, bereits 1990 zu einem Abkommen zu kommen über eine Halbierung der strategischen Nuklearpotentiale der beiden Weltmächte.

Ich bin zuversichtlich, daß die Verhandlungen in Wien zu einem drastischen Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa führen werden und daß wir — das ist ein alter Herzenswunsch von uns — zu einem weltweiten Verbot, zu einer Ächtung der chemischen Waffen kommen. Vor der wichtigen Bundestagswahl Anfang März 1983 bin ich angetreten mit der Vorstellung „Frieden schaffen mit weniger Waffen“. Wir haben Wort gehalten, liebe Freunde. Was jetzt möglich wird, ist das Ergebnis unserer Politik. Wir sollten darauf nicht nur stolz sein, sondern das auch unseren Mitbürgern deutlich sagen, denn viele haben völlig vergessen, wie es wirklich war. „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland“ — das war die Vision

Konrad Adenauers. Wenn Sie einmal das Palais Schaumburg besuchen und ins alte Arbeitszimmer der Bundeskanzler kommen, wo alle meine Vorgänger — auch noch Helmut Schmidt in den beiden ersten Jahren — amtierten, bevor der Neubau fertig wurde, dann finden Sie dort die wenigen Notizen, mit denen Konrad Adenauer bei der Verabschiedung im Deutschen Bundestag seine Antwort auf Eugen Gerstenmaier vorbereitet hatte. In diesen kargen Notizen — es sind nur Stichworte — ist auch zu lesen, daß ein Ziel nicht erreicht wurde; und dann folgt, dick unterstrichen: Einheit Deutschlands.

Was der große alte Mann damals gedacht, was ihn wohl bewegt haben mag, als er diese Notiz niederschrieb, um dann unmittelbar zu antworten auf die Rede von Eugen Gerstenmaier, wissen wir nicht. Wir können es nur ahnen, vor allem jene, die ihm nahestanden. Er wäre zweifelsohne glücklich, wenn er heute hier sein und feststellen könnte, daß wir jedenfalls diesem großen Ziel ein gutes Stück nähergekommen sind. Er hat dafür gearbeitet, wie auch viele andere in allen demokratischen Parteien.

Jetzt bietet sich uns — den Deutschen und allen Europäern — eine historische Chance. Um so wichtiger ist es, daß die Bundesrepublik Deutschland berechenbar bleibt. Wie viel Elend ist in diesem Jahrhundert über die Welt gekommen, weil deutsche Politik nicht mehr berechenbar war! Daher ist es wichtig und war es ein wichtiges Ziel seit Adenauers Zeiten — ich sage bewußt: für alle Bundesregierungen —, daß die Bundesrepublik Deutschland ein berechenbarer Partner ist und bleibt.

Gerade jetzt, wo es in einigen Ländern in Europa tiefgreifende Veränderungen gibt, die man sich vor kurzem überhaupt nicht vorstellen konnte, kommt es darauf an, daß wir ein berechenbarer Partner sind.

Deshalb sind ja auch die Bundestagswahl und die Landtagswahlen im nächsten Jahr von großer Bedeutung. Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft unseres Landes, wenn es bei uns zu instabilen Verhältnissen, wechselnden Mehrheiten und radikalem Abenteuerertum mit neutralistischen Tendenzen käme. Wir müssen um jede Stimme kämpfen, zunächst bei den Wahlen zu den Landtagen. Die nächste Wahl findet ja schon in wenigen Wochen statt, am 28. Januar an der Saar. Wer den Herrn Ministerpräsidenten dieses Landes in den letzten Monaten beobachtet hat, der wird mir sicher zustimmen: Die Saarländer haben wirklich einen besseren Regierungschef verdient. Es gibt wenige Beispiele eines so blanken Opportunismus wie diesen Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie.

Wir befinden uns in der ungewöhnlichen Situation, daß von den Sozialdemokraten kaum ein Wort zur Wirtschaftsentwicklung zu vernehmen ist. Der Grund ist klar.

Wir können dankbar verzeichnen, daß dies wiederum ein gutes Jahr wird. Das Jahr 1989 ist ein Rekordjahr, das siebte gute Jahr in Folge. In der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es so etwas noch nicht. Seien wir all jenen dankbar, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Es sieht so aus, als würde auch das Jahr 1990 ein gutes Jahr werden. Wir können dabei manches noch verspielen und unsere Chancen verschlechtern. Wir stehen vor wichtigen Tarifverhandlungen. Sie sind grundsätzlich nicht Sache des

Staates. Zu den besten Erfahrungen und Ergebnissen von 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland gehört die Tarifhoheit. Sie bedeutet, daß man auf beiden Seiten, Unternehmen wie Gewerkschaften, um die besten Bedingungen kämpft. Aber niemand soll glauben, daß die Interessen einer Gruppe gut wahrgenommen werden können, wenn sie nicht eingebettet sind in das Interesse der Gesamtheit.

Wer jetzt also — von welcher Seite auch immer — unsinnige Forderungen stellt, deren Erfüllung die volkswirtschaftliche Entwicklung stören dürfte, muß wissen, daß er der Gesamtheit schaden kann. Und drei Jahre vor dem großen europäischen Binnenmarkt mit 320 Millionen Menschen sind wir klug beraten, das Erhard-Wort vom „Maßhalten“ nicht als eine Persiflage für Wirtschaftspolitik zu empfinden, sondern als eine sinnvolle Anwendung nützlicher Erkenntnisse für die Zukunft.

So deutet alles darauf hin, daß wir zwar ein arbeitsreiches Jahr vor uns haben, ein Jahr, in dem wir kämpferisch gemeinsam bestehen wollen, daß wir aber gute Chancen haben.

Wir haben versucht, unsere Pflicht zu tun. Das sage ich auch für mich persönlich. Manches ist sehr gut gelungen, anderes weniger, und einiges gar nicht. Auch das gehört zum Erfahrungsbericht über ein Jahr. Aber wir haben versucht, mit heißem Herzen und mit kühlem Verstand zugleich, der Sache unseres Landes zu dienen. Und am Ende dieses Jahres 1989, das so viele dramatischen Veränderungen brachte, und hier mitten in Berlin, nicht weit entfernt vom Deutschen Reichstag, möchte ich Ihnen zurufen: Lassen Sie uns gemeinsam für unser Vaterland eine gute Zukunft gewinnen! Die neunziger Jahre sollen ein Jahrzehnt des Friedens, ein Jahrzehnt der Freiheit, ein Jahrzehnt von mehr Gerechtigkeit werden. ■

Volker Rühe: Politik für die Freiheit und Einheit Deutschlands

Mit jedem Tag neuer Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zeigt sich immer deutlicher, wie richtig es war, daß wir beharrlich für die Freiheit und für die Einheit Deutschlands und Europas eingetreten sind. Wir müssen jetzt nicht wie die Sozialdemokraten einen Schlingerkurs fahren, und wir müssen jetzt auch nicht deutschlandpolitische Pirouetten drehen, wie wir das bei der SPD-Führung in den letzten Tagen beobachten konnten.

Mit dem Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers haben wir unsere Meinungsführerschaft in dieser Frage der deutschen Politik erneut bestätigt. Mit dem vorgelegten Programm sagt die CDU, was sie in Deutschland erreichen und wie sie es erreichen will. Dieses Programm ist die Meßlatte für jedes deutschlandpolitische Konzept.

An diesen zehn Punkten, an unserer Deutschland-Erklärung kommt niemand mehr vorbei. Der Bundeskanzler hat damit eine konkrete Perspektive für einen Weg zur deutschen Einheit aufgezeigt und zur Diskussion gestellt. Er hat das Ziel der Wiedervereinigung mit dem politischen Aufbruch in der DDR und den europäischen und atlantischen Erfordernissen verbunden und damit sichergestellt, daß den Interessen aller Beteiligten an einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung Rechnung getragen wird.

Mit diesem Konzept werden wir unsere erfolgreiche Politik für Deutschland konsequent fortsetzen. Deshalb unterstützt die Christlich Demokratische Union Deutschlands nachdrücklich das Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit,

das der Bundeskanzler am 28. November im Deutschen Bundestag vorgestellt hat.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal an folgendes erinnern: Die CDU stellt sich hinter den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 8. November dieses Jahres, in dem der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 bekräftigt wird und in dem für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich erklärt wird, daß das Recht des polnischen Volkes, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Wer dennoch — wie die SPD aus innenpolitischen Gründen — ständig die Grenzfrage aufwirft, der sät bewußt

Generalsekretär Volker Rühe zu der als Initiativantrag vorliegenden Deutschland-Erklärung: „Leitlinien zur Deutschlandpolitik“

Zweifel an der Glaubwürdigkeit und der Berechenbarkeit unserer Position.

Für die nächsten Monate kommt es darauf an, daß wir eine Politik betreiben, die die Hilfsfähigkeit absichert. Nur der wirtschaftlich Erfolgreiche und politisch Stabile kann nämlich helfen. Das gilt für die Sozialpolitik im eigenen Lande, das gilt für die Hilfe für die Polen und Ungarn, und das gilt natürlich insbesondere auch

für die Hilfe für die Landsleute in der DDR. Und deswegen müssen wir sagen: Eine Partei, die in ihrem Grundsatzprogramm „Fortschritt 90“ darüber diskutiert, wie man mehr planen und weniger Markt verwirklichen kann, würde die Bundesrepublik Deutschland hilflos machen. Wir könnten dann niemandem mehr helfen, auch nicht der DDR. Und deswegen ist es entscheidend, daß wir wirtschaftlich auf dem richtigen Wege bleiben.

Wir müssen wirtschaftlich auf dem richtigen Weg bleiben

Die Sozialdemokraten diskutieren in den eigenen Reihen darüber, die staatliche Verfügung über Produktionsmittel zu verstärken — und es steht immer noch im Grundsatzprogramm der SPD, daß das Grundübel unserer Gesellschaft die private Verfügung über Produktionsmittel ist —, demgegenüber können sie in allen Gesprächen mit Wirtschaftsreformern in Ost- und Mitteleuropa hören: das eigentliche Problem sei, daß es bei ihnen zu wenig private Verfügung gibt. Ich meine, wir müssen warnen vor den Gefahren der rot-grünen Wirtschaftspolitik, damit die Bundesrepublik Deutschland nicht zum Problem wird.

Im Augenblick sind wir — Gott sei Dank — ein Problemlöser, von dem vieles erwartet wird. Wir müssen mit unserer Politik dafür sorgen, daß das so bleibt: daß wir Probleme lösen können und nicht zum Problem werden, wie das durch eine rot-grüne Politik geschehen würde.

Wir haben aus den Diskussionsbeiträgen der Gäste aus der DDR gespürt: in der DDR formieren sich die politischen Kräfte neu. Eine solche neue Reformgruppierung ist der Demokratische Aufbruch. Die CDU der DDR hat den Weg

der Erneuerung eingeschlagen. Als erste der früheren Blockparteien ist sie aus dem sozialistischen Einheitsblock ausgeschieden. Wir hoffen, daß die Reformkräfte in der CDU der DDR auf ihrem Parteitag am 15. Dezember endgültig den Durchbruch schaffen.

Es ist für die Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung, daß bei der Wahl am 6. Mai nächsten Jahres diejenigen politischen Gruppierungen, die eindeutig für einen freiheitlich, demokratischen Rechtsstaat, für die deutsche Einheit und für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, die Mehrheit erhalten. Wir sind bereit, solche Parteien auf allen Ebenen politisch, organisatorisch und technisch zu unterstützen.

Die SPD wird sich nicht davonschleichen noch vertuschen können, daß sie den Freiheitswillen der Menschen unterschätzt und die Geschichte falsch eingeschätzt hat. Was die Sozialdemokraten mit der SED gemacht haben, das war Wandel durch Anbiederung. Die Sozialdemokraten haben der SED von außen ein Maß an Anerkennung gegeben, das sie bis zur Stunde von den Landsleuten in der DDR nicht bekommen hat. Ein schwerer Fehler der Politik der Sozialdemokraten!

Wandel durch Anbiederung

Sozialdemokraten haben die Geschichte falsch eingeschätzt. Sie haben sich viel zu eng ausschließlich mit den kommunistischen Staatsparteien verbunden. Und es ist hier schon von manchem darauf hingewiesen worden, die Hauptgesprächspartner der SPD in den vergangenen Jahren befinden sich entweder im Gefängnis, in Untersuchungshaft, oder es wird gegen sie ermittelt.



Helmut Kohl und Volker Rühe im Gespräch: Noch nie hat ein Bundesausschuß der CDU so intensiv und so nahe am Ort des Geschehens Deutschlandpolitik gemacht wie dieser „Kleine Parteitag“ am 11. Dezember.

Ich meine, manch führende Sozialdemokraten in der Bundesrepublik haben einen so engen Kontakt zu den führenden Persönlichkeiten der SED geführt, daß sie sich fast als Zeugen anbieten könnten, um gehört zu werden. Denn sie sind Experten gewesen im Umgang mit den SED-Größen. Auch das darf nicht vergessen werden.

Es wird sich jetzt zeigen, ob die SPD erneut vor der Geschichte versagt oder ob sie ihrer Verantwortung endlich gerecht wird. Wir werden das nicht zuletzt daran messen können, ob sie ihre anfängliche Zustimmung zum Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers beibehält oder aus parteitaktischen Gründen zerredet. Deshalb fordere ich die Sozialdemokraten auf, nicht wieder vor der deutschen Geschichte zu versagen, sondern sich mit der großen Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik und in der

DDR hinter den Bundeskanzler, hinter seine Zehn-Punkte-Initiative für Deutschland zu stellen.

Wozu es führt, wenn Freiheit unterdrückt wird, erleben wir in diesen Tagen in der DDR, wo ein Sumpf aus Unwahrhaftigkeit und Lüge aufgedeckt wird. Romano Guardini hat einmal geschrieben: „Wahrheit gibt es nur in dem Raum, den die Freiheit schafft.“ Eine Unterdrückung der Freiheit ist immer auch eine Unterdrückung der Wahrheit, und deshalb führt die Unterdrückung der Freiheit immer auch in eine moralische Krise.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte Sie alle bitten, unsere Politik für die Freiheit und Einheit Deutschlands, so wie sie sich in der Deutschland-Erklärung niedergeschlagen hat, zu unterstützen.

Winfried Wolk:

Ein geeintes Deutschland wäre eine Brücke zwischen den Kulturen

Gestern war der zweite Advent. Weihnachten steht vor der Tür — Fest der Liebe und des Friedens. Ein sehr guter Zeitpunkt, in dieser Weise zusammenzukommen und uns dazu einzuladen. Die Zeit ist so rasant, daß überhaupt kein Augenblick des kühlen Nachdenkens bleibt, schon ist man überholt.

Für mich als Maler ist es etwas bedrückend, weil im Moment die Bilder nur so auf der Erde liegen, die liegen auf der Straße. Und ich habe durch diese vielen Termine überhaupt keine Möglichkeit, da tätig zu werden.

Noch aber geht ein Riß durch Europa, der den Weltfrieden über Jahrzehnte in Frage gestellt hat, der durch Deutschland ging, durch diese Stadt, durch Familien, durch die Hirne der Menschen. Dieser Riß hat uns zu feindlichen Brüdern gemacht. Jetzt ist das Ende des Sozialismus angezeigt. Die Völker Osteuropas sind im Aufbruch, in Ungarn, in Polen, in der ČSSR und auch wir in der DDR.

Und wenn wir an die letzten Tage und Wochen denken, dann dürfen wir nicht vergessen, daß das, was in der DDR geschehen ist, auch deshalb möglich war, weil es einen Prager Frühling gab, weil unsere polnischen Nachbarn Anfang 1980 mit ihrer Solidaritätsbewegung den Mut hatten, gegen stalinistische Strukturen aufzustehen, weil die Ungarn den Menschen in der DDR ihre Grenzen öffneten. Und alles das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Michail Gorbatschow die brechnewschen, stalinschen Strukturen außer Kraft gesetzt hätte.

Alles, was wir jetzt hier finden, ist ohne

Gorbatschow nicht denkbar. Ich appelliere an Sie und an die westliche Welt: Schauen Sie auf diesen Mann! Denn wenn er scheitert und ein Marschall der Sowjetunion die Regierungsgeschäfte dort lenkt, kann es mit den Träumen europäischer Demokratisierung vorbei sein. Das sollen wir nicht vergessen.

Der Weg, den die DDR seit dem 7. Oktober 1989 beschritten hat, ist atemberaubend. Es ist nur etwas mehr als zwei Monate her, da paradierten die Soldaten Unter den Linden vor einer politischen Führung,

Winfried Wolk aus Schwerin gehört zu den bedeutendsten Malern der DDR. Seit 1977 gehört er dem Hauptvorstand der CDU der DDR an, aus dem er auf Betreiben „von oben“ mehrfach hatte ausgeschlossen werden sollen.

und Erich Honecker beschenkte uns mit dem weisen Satz: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Nun haben wir die Ablösung der damaligen politischen Führung, sie ist kriminalisiert, sie steht im Prinzip vor Gericht. Wir haben die Öffnung der Mauer und der Grenzen, die von Honecker für fünfzig bis hundert Jahre festgeschrieben worden

waren; wir erleben eine totale Krise der SED und leider auch unseres Landes.

Der Weg dahin ist ziemlich leidvoll, wir sprechen von einer gewaltfreien Revolution, aber es steckt viel Leid dahinter, wenn Hunderttausende ihre Heimat verlassen mußten, weil es nicht mehr ihre Heimat sein konnte. Und dieser Druck, der durch die Hunderttausende, die weggingen und bei Ihnen eine neue Heimat fanden, hat den Menschen in unserem Land den Mut gegeben, ihre Anonymität aufzugeben, auf die Straße zu gehen. Sie erzwingen die Veränderungen, die das ganze Ausmaß des inneren Debakels der DDR jetzt offenlegen. Das war möglich, weil die Kirchen in der DDR über Jahre eine mutige Position vertreten haben und uns anderen die Kraft gegeben haben, eigene mutige Positionen zu finden.

Es war auch möglich — und ich sage das hier in aller Offenheit —, weil Sie den Gedanken einer deutschen Einheit nie aufgegeben haben. Indem Sie die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkannt haben, haben Sie uns maßgeblich geholfen, mit den Verhältnissen in der DDR fertigzuwerden und unsere nationale Identität bewahren zu können. Sie haben uns das Gefühl gegeben: Auch wir gehören zur deutschen Nation. Dafür will ich Ihnen hier in aller Offenheit tiefen Dank sagen.

Jetzt, mit den offenen Grenzen — und bald können auch Sie ohne Probleme zu uns kommen —, jetzt stehen wir uns nicht mehr wie feindliche Brüder mit geballten Fäusten gegenüber. Unsere Hände sind offen füreinander. Dank auch für die unglaublich beeindruckende Herzlichkeit, mit der Sie uns alle nach dem 9. November empfangen haben.

Die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten signalisiert, daß der Riß durch Europa und durch unser Land sich langsam schließt. Ich bin Künstler und darf mehr träumen als andere — gestatten Sie mir das hier. Ist es jetzt nicht sinnvoll, darüber nachzudenken, den Nachkriegszustand auch formal beenden zu können? Sollten nicht die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gebeten werden, gemeinsam mit unseren Nach-

Auf sichere Füße stellen

barländern zu überlegen, ob man nicht in einem Friedensvertrag die europäische Situation vertraglich und endgültig stabilisieren und damit auch die Entwicklung unseres Volkes zu einem Land auf sichere Füße stellen kann? Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, wenn Sie mit Herrn Modrow sprechen, auch solche Überlegungen zu diskutieren.

Weihnachten, Fest des Friedens: ein Zeitpunkt nachzudenken, ob denn die Sicherheits- und Militärdoktrinen überhaupt noch stimmen unter den veränderten politischen Situationen. Und ich glaube, wir werden erstmals in der Lage sein, dies alles auf ein ganz anderes Niveau zu heben — oder zu senken, ist vielleicht besser gesagt. Die Veränderungen in der DDR offenbaren eine traurige Situation. Der Zustand ist vergleichbar mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wir haben mehrere Probleme, ich will Sie Ihnen hier nennen: Die schlimmsten sind die Trümmer in den Köpfen der Menschen. Vierzig Jahre Beeinflussung mit Halbwahrheiten, mit ganzen Lügen — verbreitet in allen Medien, in allen Bildungseinrichtungen. Generationen von Kindern sind mit Feindbildern aufgezogen worden, Wertbegriffe sind verfälscht. Diese Dinge stellen einen unheimlichen

Müll in den Köpfen dar, mit dem wir uns nach wie vor auseinandersetzen müssen. Die Bundesrepublik ist in der Propaganda der DDR über diese Jahrzehnte stets nur als Klassenfeind und mit Klassenkampf-Parolen bedacht worden.

Das müssen Sie bedenken, wenn wir jetzt in der DDR über die Einheit unserer Nation sprechen. Nicht bedacht ist, und ich will das hier auch sagen, daß gerade die Bundesrepublik als Asylland Nummer eins nicht nur bewiesen hat, daß sie ein Wohlstandsland ist und damit attraktiv für Menschen, die in Not sind und aus anderen Ländern hierherkommen, sondern daß sie über eine verlässliche Gesetzlichkeit verfügt, in der sich Verfolgte sicher fühlen können, und daß sie trotz ausländerfeindlicher Kampagnen eine prinzipielle menschliche Grundsituation bereithält. Damit — auch dafür danke ich Ihnen — haben Sie einen Teil unserer gemeinsamen deutschen Schuld glaubhaft aufgearbeitet.

Wir haben viel Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten. Die staatliche Einheit Deutschlands wird kein großdeutscher Traum sein, aber das erste Mal in der Geschichte unseres Landes bietet sich an, ein Zentrum der Verständigung in Mitteleuropa zu werden. Wenn die DDR, wenn die Menschen der DDR in ein einheitliches Deutschland gehen, werden sie die Erfahrungen einer vierzigjäh-

rigen Leidensgemeinschaft mit den Völkern Osteuropas mitbringen und damit ein tiefes Verständnis für diesen Bereich.

Sie in der Bundesrepublik haben die Erfahrung einer vierzigjährigen intensiven Zusammenarbeit mit den Völkern des Westens. Damit wäre ein geeintes Deutschland keine Bedrohung, sondern eine Brücke zwischen den Kulturen in Europa, und das wäre ein unglaublich schöner Gedanke, den es zu verwirklichen gilt.

Im Moment sind die Menschen in der DDR sehr verunsichert. Ich sprach von dem Müll in den Köpfen. Alles, was fest gefügt war, ist versunken im Sumpf. Die Richtlinien, die gegeben waren, sind nicht mehr in Kraft. Die Menschen können sich nicht vorstellen, wo geht es hin; es fehlen Haltepunkte, es fehlen Konkretheiten, es fehlen Hoffnung und Glaube an Zukunft. Ich bitte Sie sehr, helfen Sie uns, den Menschen diese Sicherheit zu geben. Wir brauchen diese Stabilisierung, damit sich nicht unkalkulierte Unwägbarkeiten in der DDR vollziehen können.

Wir müssen versuchen, gemeinsam auf unsere Weise den Menschen in der DDR die Sicherheit zu geben, daß sie in diesem Lande bleiben und daß nie wieder Verhältnisse entstehen können, die eine erneute Massenflucht erzeugen, die keiner will. Ich danke Ihnen. ■

UiD-Dokumentationen

● Unsere Verantwortung für die Schöpfung.

Beschluß und Einführungsrede zur Umwelt- und Energiepolitik vom 37. Bundesparteitag in Bremen (29/1989)

Bestell-Nr.: 5191

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
25,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28 · 4804 Versmold

Dietmar Czok:

Die sozialistische Planwirtschaft hat überall und endgültig versagt

Kurz vor unserem Sonderparteitag am 15. und am 16. Dezember diesen Jahres in Berlin, der für die personelle und inhaltliche Erneuerung der CDU in der DDR grundlegende Entscheidungen treffen wird, bin ich sehr dankbar für die Gelegenheit, heute hier vor Ihnen zu einigen inhaltlichen Positionen dieser Erneuerung der CDU sprechen zu können, und zwar zu den Fragen, die sich vor allen Dingen mit der Wirtschaftsreform in der DDR beschäftigen.

Ich möchte hier einige Gedanken vortragen, die sich auf Wirtschaftskreise in der CDU stützen können. Dabei kann ich davon ausgehen, daß die meisten meiner Freunde aus der Wirtschaft in der DDR, ebenso wie ich selbst, für weitere Experimente unter der Überschrift „Sozialismus“ nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für uns hat der Sozialismus, hat die sozialistische Planwirtschaft endgültig versagt — und zwar in der ganzen Welt. Die Erscheinungen in der DDR sind die gleichen wie in anderen sozialistischen Ländern. Die Krise ist folglich systembedingt und nur durch die Schaffung eines anderen Systems zu überwinden.

Wir widersprechen auch den vor allen intellektuellen Kreisen in der DDR, die uns unter der Zielstellung einer sogenannten gerechten Verteilung in eine neue sozialistische Utopie führen wollen, und wir haben kein Verständnis dafür,

daß es in der Bundesrepublik Politiker gibt, die zu solchen Experimenten auch noch ermuntern. Ich glaube, ich spreche für viele Verantwortliche in der DDR-Wirtschaft, wenn ich hier sage: Wir haben solche Theorien, wir haben solche Experimente und solche Utopien gründlich satt; denn sie sind doch daran schuld, daß für viele von uns ein ganzes Arbeitsleben in Trümmern zu unseren

**Dr. Dietmar Czok, Sekretär
beim Hauptvorstand der
CDU der DDR**

Füßen liegt, und wenn wir eine Lektion in der Vergangenheit gelernt haben, dann ist es wohl die, daß vor dem Verteilen immer das Produzieren steht. Und das geschieht in den marktwirtschaftlichen Systemen Westeuropas schon seit Jahrzehnten in Größenordnungen besser, als es in irgendeinem planwirtschaftlichen System je möglich war.

Es ist deshalb unsere feste Überzeugung, daß die DDR zu einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell finden muß. Alle Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik — viele meiner Freunde und auch ich sehen in dieser Sozialen Marktwirtschaft den dritten Weg, denn mancher in der DDR noch sucht — sollten ebenso genutzt werden wie die Erfordernisse der ökologischen Sicherheit, die uns gemeinsam so sehr am Herzen liegen müssen.

Und wenn die Bürger der DDR heute eine Vision benötigen, dann ist es nach unserer Überzeugung vor allem jene, daß ihre eigenen Bemühungen, zu denen sie bereit sind, durch die Hilfe des Westens so gestützt werden können, daß es in absehbarer Zeit Hoffnungen für tatsächliche Veränderungen in unserem Lande geben kann. Diese Hoffnung muß es wieder geben, damit Vertrauen wachsen kann, damit wieder Zuversicht entstehen kann und damit die Menschen in der DDR bleiben. Sonst gibt es am 6. Mai 1990 in der DDR vielleicht gar nichts mehr zu wählen.

Lassen Sie mich unsere wirtschaftspolitischen Überzeugungen in zehn Punkten zusammenfassen:

● **Erstens** sehen wir im Mittelpunkt aller Veränderungen eine freie Marktwirtschaft, deren Triebkräfte sozial und ökologisch verträglich zu gestalten sind und deren Grundproportionen durch staatliche Maßnahmen natürlich beeinflußt werden müssen.

● **Zweitens** sehen wir solche Wirtschaftseinheiten in unserem Land wie staatliche Großbetriebe, kommunale Betriebe, aber eben auch private Betriebe, und zwar in allen Größenordnungen; und wir sehen diese Betriebe auf einem Markt unter Wettbewerbsbedingungen antreten.

● **Drittens** sollte sich für uns die staatliche Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung beschränken, auf die Gesetzgebung zu Fragen der Wirtschaft, also Steuern, Gewerberecht, Sozialgesetzgebung, Umweltgesetze; jegliche administrative Einflußnahme muß ausbleiben.

● **Viertens** meinen wir, sind diese Wirtschaftseinheiten nach dem Prinzip der Einzelleitungen zu führen, große Einheiten von Aufsichtsräten zu kontrollieren, die durch die Betriebsleitungen, die Vertreter der Bank auf der einen und die

Gewerkschaft auf der anderen Seite paritätisch zu besetzen sind.

● **Fünftens** setzen wir uns ein für das Prinzip der Tarifautonomie. Tarifverträge sollen durch Arbeitgeber und Gewerkschaften autonom ausgehandelt werden. Das Streikrecht ist zu gewähren. Die Arbeitgeber sollen wegen der Gleichgewichtigkeit der Mittel das Recht auf Aussperrung erhalten. Eine Arbeitslosenpflichtversicherung ist einzuführen.

● **Sechstens** ist für uns ganz wesentlich die Neugestaltung des Preissystems in unserem Lande. Die Preisbildung sollte schrittweise durch die Wirtschaftseinheiten selbst erfolgen, und zwar in dem Maße, wie Marktbedingungen geschaffen werden können. Für eine Übergangsphase ist nach unserer Meinung ein am Weltmarkt orientiertes Preisbildungsprinzip durchzusetzen, das echte Wertrelationen zum Weltmarkt schafft und das die Konvertierbarkeit unserer Währung vorzubereiten hilft.

● **Siebtens** ist der Geldüberhang auf den privaten Konten in unserem Lande durch mögliche Kapitalanlagen zu beseitigen. Das kann nach unserer Auffassung geschehen durch den Kauf von Aktien und damit den Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, durch den Erwerb von Wohnhäusern oder Eigentumswohnungen, durch den Erwerb von Grund und Boden und anderes. Geld muß zu Kapital werden und nicht auf privaten Konten liegen.

● **Achtens** meinen wir, ist die Subventionspolitik in unserem Lande grundsätzlich zu verändern. Zu subventionieren sind nicht mehr Objekte, sondern Subjekte; das heißt, es geht nicht darum, die Mietpreise künstlich niedrig zu halten, sondern dort, wo man soziale Maßnahmen durchführen muß, muß man Wohngeld vergeben. Es geht nicht um die

künstliche Niedrighaltung der Preise der Kinderkleidung, sondern um mehr Kindergeld für die Eltern. Und es geht nicht um künstlich niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, sondern eben um mehr Lohn und Gehalt für alle Beschäftigten.

● **Neuntens** meinen wir, ist eine wirksame Strukturpolitik durchzuführen, die einen Teil der großen Kombinate der DDR zum Entflechten führt, vor allen Dingen der Konsumgüterindustrie. In der Zuliefererindustrie ist zu entflechten, damit dieses Land wieder eine leistungsstarke Klein- und Mittelindustrie erhält als Rückgrat jedes Wirtschaftssystems. Und genau in diesem Bereich ist vor allen Dingen das private Neue zu bilden, müssen also Privatbetriebe entstehen.

● **Zehntens** geht es uns darum, das Außenhandelsmonopol des Staates schrittweise aufzulösen, die Außenhandelsverantwortung bei den Wirtschaftseinheiten anzusiedeln. Wir meinen, gerade auf diesem Gebiet — Dr. Kohl hat vorhin darüber gesprochen — sind vor allen Dingen die rechtlichen Voraussetzungen in der DDR zu schaffen, damit Kapital bei uns investiert werden kann, damit die internationale Arbeitsteilung wirksam werden kann; denn allein wird die DDR die schwerwiegenden Probleme, die vor ihr stehen, nicht lösen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die grundsätzlichen Gedanken, die wir dazu haben. Etwas ausführlicher steht das in einem Material, das ich Herrn Rühle heute übergeben habe. Dort sind auch zwölf Vorschläge für Sofortmaßnahmen enthalten, die zur Sicherung der Existenz der DDR aus unserer Sicht erforderlich sind. Und diese Existenzsicherung der DDR — natürlich nach durchgeführten freien Wahlen —, also ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat sollte in unserem gemeinsamen

Interesse liegen. Das ist keine Position gegen einen einheitlichen deutschen Nationalstaat, sondern lediglich eine Zwischenetappe dahin.

Meine Freunde und ich wir bekennen uns nicht nur zur Einheit der deutschen Nation, sondern wir sehen im Ergebnis einer europäischen Friedensordnung auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den heutigen Grenzen. Wir sind der festen Überzeugung, daß das, was in den Herzen der Menschen brennt, was 40 Jahre nicht haben auslöschen können, daß das eines Tages auch wirklich sein wird; und unsere Nachbarn sollten verstehen, daß natürlich vor allem wir es sind, die darauf hinarbeiten.

Politisches Kalkül zeigt uns aber auch die unterschiedlichen Bündnisse, denen beide Staaten angehören, und zeigt uns manchen Vorbehalt bei unseren Nachbarn. Das im Augenblick politisch erreichbare Ziel scheint uns deshalb eine Föderation beider deutscher Staaten. Viel Gemeinsames könnte so über konföderative Maßnahmen geschaffen werden, und die Einheit ließe sich bis hin zu solchen Maßnahmen wie Zollunion,ährungsunion und Wirtschaftsunion gut vorbereiten. Ja, ich bin sogar davon überzeugt, daß diese enge Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten den europäischen Integrationsprozeß beschleunigen und voranbringen könnte, und auch deshalb sollten wir diesen Weg gehen.

Mein ältester Enkelsohn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jetzt zwei Jahre alt — er wird wohl noch in der DDR zur Schule kommen. Ich wünsche ihm aber von Herzen, daß nicht allzu viele seiner Schuljahre vergehen werden, bevor er in Deutschland zur Schule geht.

Martin Kirchner:

Der Sozialismus ist endgültig als Gesellschaftskonzeption gescheitert

Die CDU in der DDR hat ein Schuldbekenntnis abzulegen vor jedermann, vor der Gesellschaft, den Menschen in der DDR, aber auch vor einer Partei, die den gleichen Namen trägt, die aus der gemeinsamen Wurzel kommt, und ich denke, es gilt auch an dieser Stelle in der Politik, daß erst der Reue und der Buße die Vergebung folgen kann. Die CDU in der DDR hat große Schuld auf sich geladen in den vergangenen Jahrzehnten; sie ist einer Partei des Stalinismus gefolgt. Sie hat selbst in stalinistischen Strukturen gelebt und gearbeitet.

Aber sie muß jetzt auch die Kraft finden, dies zu überwinden, und sie ist auf dem besten Wege dazu. Sie tut es nicht von oben her, von einer Leitung, die doch die alte Leitung ist, sondern sie tut es von ihrer Basis her. Und Sie können versichert sein, daß auch tausende Mitglieder der CDU in der DDR jetzt, da die Stunde der Entscheidung da ist, das tun, was sie in ihrem Herzen stets bei sich getragen haben: Ein Traum wird jetzt wahr, auch in dieser Partei.

Lassen Sie mich aber auch sagen: Wir alle in der DDR sind Täter und Opfer zugleich. Ich sehe nicht, daß der eine die weiße Weste hat und der andere allein die Schuld trägt. Wir alle haben uns eingerichtet in diesem System, und der Grad der Schuld zwischen Täter und Opfer unterscheidet uns. Es ist eine Gnade Gottes, wenn der eine oder andere von uns sagen kann: Ich bin weniger schuldig

geworden und bin mehr Opfer als der andere.

Lassen Sie uns das in dieser Situation des Umbruchs nicht vergessen. Es darf nicht dazu kommen, daß wir aufgrund von Rache in Chaos und Anarchie versinken. Dies kann nur dazu führen, daß der Prozeß, der in der DDR in Gang ist, abgebrochen und umgekehrt wird.

Die CDU in der DDR kommt vom christlichen Menschenbild her und muß jetzt zurückkehren zu ihren Wurzeln, die wir gemeinsam mit Ihnen im Jahre 1945 gelegt haben. Die CDU in der DDR wird

Martin Kirchner,
Mitglied der CDU
der DDR aus Eisenach

jetzt einen Selbstreinigungsprozeß durchmachen müssen. Ich hoffe und denke, daß er personell und programmatisch am kommenden Wochenende in Berlin beim Sonderparteitag konsequent begangen wird. Daran wird die Glaubwürdigkeit einer Erneuerung der CDU zu messen sein.

Wir leben aber auch in einer Übergangssituation, und wir alle wissen: Man muß in solchen Übergangssituationen mit den vorhandenen Strukturen leben, sonst versinken wir in Chaos und Anarchie. Das Motto dieser Zeit kann nur lauten: Wandel in Stabilität. Wandel muß stattfinden, aber er wird nur stattfinden, wenn Stabili-

tät bleibt. Deswegen hat die CDU sich entschieden, in der jetzigen — ich sage das ganz deutlich: Übergangsregierung mitzuwirken.

Es ist keine Koalitionsregierung, auch wenn sie dies beansprucht, es ist eine Regierung alten Stils auf der Grundlage einer Blockabsprache, auch wenn die CDU in der DDR inzwischen diesen Block verlassen hat. Aber wir stehen hier vor der Frage, unsere Verantwortung um der Menschen willen wahrzunehmen, damit wir in die neue Zeit — zu freien Wahlen — in der nötigen Stabilität gelangen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zu dem, was Herr Dr. Czok hier schon vorgetragen hat: Sozialismus — nicht nur in der Form des Stalinismus — ist als Gesellschaftskonzeption gescheitert; jawohl, das ist so.

Die CDU in der DDR, ich wiederhole dies noch einmal in Kurzform, wird in den Wahlkampf gehen unter den drei Stichworten „Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit“, „Marktwirtschaft mit sozialer Bindung in ökologischer Verantwortung“ und „die Einheit der deutschen Nation“ — übergangsweise dargestellt nach innen und außen im Modell einer deutschen Konföderation, in einem freien und geeinten Europa auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; das heißt konkret: Wirtschafts-, Währungs- und Energieverbund der beiden deutschen Staaten sobald als möglich.

Ich merke dazu allerdings auch an, daß hoffentlich die Alliierten das, was sie jahrzehntelang selbst unterstrichen haben, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, jetzt auch ernst nehmen.

Ich möchte abschließend hier sagen, weil dies aus ganzem Herzen kommt: Ich danke meinen Freunden in Hessen — Walter Wallmann, Franz-Josef Jung, Hartmut Nassauer — für das, was an Kontakten zwischen der CDU Hessen und der CDU Thüringen zu einer Zeit entstand, als noch kein anderer dies wagte. Die Zeichen der Zeit sind in Hessen sehr frühzeitig erkannt worden, und dies, so glaube ich, trägt Früchte und wird auch noch in Zukunft Früchte tragen.

Deutsche Einheit im Verbund eines vereinigten Europas

Ich will hier den Gedanken aussprechen, den ich als Antrag auf dem Parteitag der DDR-CDU am kommenden Wochenende auf den Tisch zu legen beabsichtige. Ich glaube, es wäre gut — immer vorausgesetzt, daß im Ergebnis dieses Parteitages eine völlig neue gereinigte CDU in der DDR existiert —, sobald wie möglich einen paritätischen Nationalausschuß der beiden Schwesterparteien als Vorwegnahme der deutschen konföderierten Strukturen zu bilden, um zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung der beiden Schwesterparteien — natürlich unter Einschluß der CSU — möglichst dicht und rasch beieinander zu sein.

Und ich gehe auch davon aus, daß die CDU in der DDR nach ihrem Parteitag eine Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei anstrebt. Dadurch soll deutlich gemacht werden, daß deutsche Einheit nur im Verbund eines vereinigten Europa stattfinden kann und stattfinden wird.

Ja, ich denke, wir sind ein Volk — Gott schütze unser deutsches Vaterland!

Wolfgang Schnur:

Es darf nie wieder politische Gefangene in Deutschland geben

Ich bin Ihnen dankbar, daß ich von dieser Tribüne als ein Demokrat sprechen und deutlich machen kann, daß tatsächlich eine neue Wende nicht erst seit dem 9. November 1989 erreicht worden ist, sondern daß es Tausende von Menschen in unserem Land gegeben hat, die in den 40 Jahren der Existenz der DDR mit einem hohen Anspruch zur Durchsetzung von Freiheit, Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte angetreten sind und deshalb unter diesem stalinistischem Regime politisch verfolgt worden sind. Diese Menschen haben das politische Gewissen einer Generation bis heute geschärft und haben deutlich gemacht, daß sich nur eine Entwicklung im Rahmen freiheitlicher Maßstäbe realisieren und durchsetzen läßt. Deswegen ist es möglich, daß wir hier von dieser Tribüne sprechen können.

Es geht jetzt nicht um Abrechnung, Rache oder Vergeltung. Aber es gehört zu den Prinzipien politischer Überzeugung und politischen Handelns, daß wir diesen Menschen angesichts dessen, was sie an persönlicher politischer Unterdrückung erlitten haben, deutlich signalisieren müssen, daß sich nicht eine Diktatur der menschlichen Unwürde wiederholt, sondern daß die Freiheit und der Maßstab der Würde des Menschen in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat das oberste Gebot werden und bleiben. Dafür wird der Demokratische Aufbruch wirken.

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Sie haben deutlich angesprochen,**

daß die politischen Gefangenen entlassen werden müssen. Ich sage noch deutlicher: Es darf nie wieder vorkommen, daß es politische Gefangene in der DDR und in Deutschland gibt.

Das bedeutet ganz klar und eindeutig, daß wir als eine neue künftige Partei eine klare Orientierung nach freiheitlich demokratischen, rechtsstaatlichen Maß-

Wolfgang Schnur, Anwalt aus Rostock, Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs. Diese Vereinigung begann ihre Arbeit im Juni dieses Jahres und ist heute eine der wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR.

stäben setzen werden, daß tatsächlich das Parlament dann zu dem Höchsten Haus wird, in dem die gewählten Vertreter des Volkes zu entscheiden haben. Und ich denke, es sind ja nicht nur die Zehn Punkte, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sondern es werden ja noch viele dazu kommen, denn auch wir werden noch mehr dazu beitragen. Wir sind Demokraten, die mit Ihnen gemeinsam diesen Weg einer Gestaltung in Europa und für die beiden deutschen Staaten gehen wollen, damit unser Volk tatsächlich von dieser Garantie des Friedens ausgehen kann, daß wir ein Volk sind.

Wir, und das heißt ganz klar, Demokrati-

scher Aufbruch — sozial, ökologisch —, werden uns an einer Politik mit dem Maßstab beteiligen, bei dem die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Bürger unseres Landes die hohe Priorität hat: damit dies nicht nur ein Einschnitt oder nur ein Zugeständnis ist, sondern daß dies eine Verfassungswirklichkeit wird, damit das Selbstentscheidungsrecht des freien, mündigen, politischen Bürgers sich durchsetzt.

Nehmen Sie es mir ab, wenn ab 1. Januar 1990 Millionen von Menschen aus der Bundesrepublik kommen, so kann ich sie nur herzlich willkommen heißen, weil dies auch eine Sehnsucht von Millionen Menschen in unserem Land ist, so wie wir jetzt ungehindert zu Ihnen kommen können. Hier sind Vision, Traum und die Wirklichkeit zu einem geworden, und deshalb, denke ich, sollten wir gemeinsam dazu beitragen, nicht Ängste zu erzeugen, sondern diese Freiheit zu nutzen, daß wir tatsächlich in dieser Mündigkeit auch die damit verbundenen Probleme in den beiden deutschen Staaten lösen.

Wir haben hier gerade einen Zehn-Punkte-Plan unserer CDU aus der DDR gehört. Ich glaube, hier ist erkennbar geworden, wie sich plötzlich neue politische Arten und Weisen des Denkens sichtbar machen. Ich will dies hier auch klar bekennen. Ich denke, wir werden in unserem Land nicht daran vorbeikommen, eine eigene geschichtliche Vergangenheitsbewältigung vorzunehmen, weil es mit dazu gehört, daß wir nicht die Augen vor der Frage verschließen: Wo ist das politische Gewissen derer geblieben, die tatsächlich hätten aufstehen müssen aus Verantwortung für das Leben und die Würde von Menschen? Das ist hier ganz deutlich zu sagen.

Diesem Anspruch werden wir uns als eine neue demokratische Partei

in der DDR stellen, und wir werden diese politische Verantwortung übernehmen. Wir werden mit allen, denen daran liegt, daß von diesem Boden in Deutschland kein Krieg ausgeht, letztlich ein gemeinsames Werk aufrichten und bauen müssen.

Daß dies im Rahmen eines Prozesses der Einigung der beiden deutschen Staaten gesehen wird; daß Ängste nicht nach Osten und Westen gehen, sondern daß es zur Selbstverständlichkeit gehört, daß man in Moskau genauso ungehindert sich bewegen kann, wie wir es jetzt ab 1. Januar in diesen beiden deutschen Staaten tun können — ich glaube, wir sollten hier unsere deutliche Verantwortung sehen, auch gegenüber dem polnischen Nachbarn. Ich will dies auch gerade als eine neue Partei so deutlich an die Richtung unserer polnischen Freunde sagen. Sie sollen verlässlich wissen, daß sie nicht bedroht werden durch eine aktive Politik, die wir zur Demokratisierung eines neuen deutschen Volkes betreiben werden.

Ich will an diesem Schlußpunkt Ihnen einfach versichern — und dies ist mir besonders wichtig: Ich bin dankbar, daß wir auch Ihnen sagen können, daß Sie in einer angespannten Zeit des politischen Drucks Menschen aus unserem Land aufgenommen haben, denen Sie nicht die Tür gewiesen haben — weil sie uns verlassen mußten, weil sie in unserem Land keine Heimat gesehen haben.

Ich würde es mir wünschen, wenn morgen und übermorgen es anders wird, daß sie sagen: Jawohl, dort sind Demokraten, dort ist meine neue Heimat, da will ich hinziehen; daß es zur Selbstverständlichkeit gehört, von Stuttgart oder Hannover nach Dresden, Leipzig oder Rostock zu ziehen.

Brigitta Kögler:

Einheitliche Verfassung durch einen gemeinsamen Volksentscheid

Ich denke, daß wir hier als Gäste bei Ihnen sein dürfen, ist ein Zeichen dafür, daß wir ins Gespräch gekommen sind und daß die Schranken, die es bisher gegeben hat, gefallen sind. Das bedeutet auch, daß wir über die Deutschlandfrage neu nachdenken, gemeinsam darüber nachdenken, und das haben wir auch bereits im Demokratischen Aufbruch getan.

Es ist also an der Zeit, um nicht zu sagen, es ist überfällig, über das Verhältnis und die Zukunft der beiden deutschen Staaten zu sprechen. Ich denke, wir müssen das mit klarem Verstand, mit kühlem Kopf, nicht ohne Gefühl für das Volk hier bei Ihnen und bei uns tun.

Schritte der Einigung vollziehen sich bereits seit jenem geschichtsträchtigen 9. November 1989. Die Lösung der deutschen Frage kann nur auf der Grundlage eines europäischen Demokratisierungsprozesses gelingen. Das heißt: europäisch, gerecht, sozial, demokratisch, aber nicht nationalsozialistisch. Ein wiedervereintes Deutschland bringt Ängste. Wir merken das bereits an dem Begriff: Einigung — Wiedervereinigung.

Es gibt Ängste bei unseren Nachbarn, und es gibt bei uns in der DDR Ängste über ein wiedervereintes oder geeintes Deutschland. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen, darauf müssen wir eingehen, und wir werden es bei uns besonders schwierig haben in den nächsten Wochen und Monaten. Die deutsche Frage muß europäisiert werden; das heißt bei uns im

Lande: sie muß auch in einem gewissen Sinne neutralisiert werden.

Zum ersten Mal hat die EG auf der Gipfelkonferenz die freie Selbstbestimmung der Deutschen auf Einheit anerkannt. Von England, Polen, der Sowjetunion und von uns in der DDR wird nach der Gültigkeit der Oder-Neiße-Grenze gefragt; diese sehen wir sicher als unantastbar an. Eine friedensvertragliche Regelung, wie sie nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952 vorgesehen ist, steht an. Ich meine, steht sehr

Brigitta Kögler, Rechtsanwältin aus Jena und stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs.

aktuell an: als Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage, als Voraussetzung für eine friedliche Lösung in Deutschland.

1959, und daran müssen wir uns erinnern, sind diese Verhandlungen aufgegeben worden. Es ist also überfällig, darüber nachzudenken, wenn die Frage der Wiedervereinigung anstehen soll. Gorbatschow hat vor wenigen Wochen erklärt, als er nach der Wiedervereinigung Deutschlands gefragt wurde: Die Geschichte muß entscheiden. Nein, die Geschichte hat uns bereits eingeholt. Eine Lösung der deutschen Frage bedeutet konsequente Abrüstungsschritte in

beiden deutschen Staaten. Eine Relativierung der bestehenden Militärblöcke, eine konsequente Veränderung des bestehenden Ost-West-Feindbildes. Die Gefahr für unser aller Leben in Europa, in der DDR, in der Bundesrepublik, ja eigentlich in der ganzen Welt, besteht vielmehr — so wird es zumindest gesehen — in dem Nord-Süd-Gefälle.

Darauf haben wir eigentlich den Blick bis jetzt noch nicht gerichtet. Die Dritte Welt mit ihren Gefahren, die Umweltgefahren in Europa, die wir aus dem Auge verloren haben, das wir stattdessen auf die Gefahr zwischen Ost und West gerichtet haben. Ein Feindbild, das abgebaut werden muß. Die Ängste der Vereinnahmung dürfen in kein Verhältnis gebracht werden zu den Gemeinsamkeiten, die alle Staaten in Europa verbinden sollten.

Die Ängste der Vereinnahmung, die bei uns in der DDR vorhanden sind, sind durch klare Zielstellungen gewiß zu beseitigen; und diese Zielstellungen sind doch vorhanden, wenn ich daran denke, daß von einer Vertragsgemeinschaft, von konföderativen Strukturen gesprochen wird, von innerdeutscher Beziehung im gesamteuropäischen Prozeß, von einer europäischen Gemeinschaft, von einem freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa.

Das Zehn-Punkte-Programm findet daher unsere Zustimmung. Ich meine aber, daß die Konföderation nicht das Endziel sein kann, sondern daß man darüber nachdenken muß, daß eine gesamtdeutsche Föderation eines Bundesstaates, der sich so versteht, außer den bestehenden Bundesländern künftig auch die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen umfassen sollte.

Zur Klärung des Begriffes Wiedervereinigung: Beide deutsche Staaten sind eigentlich nie vereint gewesen. Daher ist der Begriff Wiedervereinigung rein sachlich nicht exakt. Zutreffend ist aber, daß das Volk bereits eine Vereinigung, eine Wiedervereinigung herbeigeführt hat. Wenn wir die Grenzen anschauen, wenn wir das Hinüber und Herüber, das auch ab 1. Januar ansteht, betrachten, dann ist das gewiß so etwas wie eine Wiedervereinigung des Volkes, aber eben keine Wiedervereinigung der Staaten, der beiden deutschen Staaten.

Eine Wiedervereinigung ist nur dann zu vollziehen, wenn es eines Tages eine einheitliche Verfassung in unseren Ländern gäbe. Eine einheitliche Verfassung ist nur durch einen gemeinsamen Volksentscheid möglich, und dieser steht an. Und bis dahin ist Schritt für Schritt die Annäherung für unser deutsches Volk notwendig.

Aktuelles Verteilmittel zur Deutschlandpolitik: Das neue CDU extra

Bestellen Sie noch heute das neue **CDU extra**, das im IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, vorrätig ist. Es stellt die wichtigsten Stationen der jüngsten Entwicklung in der DDR dar, berichtet über den Zehn-Punkte-Plan von Helmut Kohl, gibt Auskunft über Hilfen für Übersiedler und setzt sich mit dem Versagen der SPD in der Deutschlandpolitik auseinander.

Bestell-Nr.: 2220

Mindestabnahme: 250 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM
zuzügl. MwSt. inkl. Versand

Rainer Eppelmann:

Am Anfang eines neuen Weges

Nach so viel Verstand lege ich Ihnen mal mein Herz ein bißchen hier her. Es ist für mich nichts Selbstverständliches, daß ich hier stehen und Ihnen einen Gruß sagen kann, einen guten Tag und eine erfolgreiche Tagung wünschen kann. Es ist für mich nicht selbstverständlich, persönliche Freunde, die ich unter Ihnen habe, wie Heinz oder Thomas oder Stephan Schwarz oder Frau Süßmuth oder Herrn Blüm, nicht nur heimlich im Falle dringender Familienangelegenheiten sprechen zu können, sondern ganz offiziell. Das ist für mich noch nichts Selbstverständliches.

Und es ist für mich auch nicht selbstverständlich, daß der Demokratische Aufbruch, den es eigentlich noch gar nicht gibt — er ist ja noch im embryonalen Zustand, er soll ja erst am kommenden Wochenende geboren werden —, daß der hier sitzen kann — ohne Ausreiseverweigerung. Was heute so ganz normal scheint, das war gestern noch exotisch und vorgestern scheinbar völlig unvorstellbar. Verstandesmäßig versuche ich zum mindesten auf der Höhe der Ereignisse zu bleiben — und das ist nicht leicht; gefühlsmäßig schaffe ich das wie viele meiner Landsleute nicht. Das geht viel zu schnell. Mich würde interessieren, wie es Ihnen gefühlsmäßig geht.

Mir geht das auch mit den neuen Tönen, so sehr ich mich darüber freue, in unserem Land zu schnell. 45 Jahre Feudalismus — ich sage dieses Wort bewußt so — sind gerade erst vorbei. Und das ist nicht nur eine Tat des Erich Honecker und seiner Partei gewesen; da hat es noch

andere Parteien gegeben, die da mitgetan haben. Das ist heute von einer Partei hier gesagt worden. Aber ich meine, mit einer Entschuldigung alleine ist es nicht getan.

Ich bin nicht bereit, die Tausende, die Hunderttausende zu vergessen, die geschrien hätten, als vorhin davon die Rede war, daß wir alle Täter und Opfer zugleich sind. Philosophisch mag das stimmen; aber mancher Täter hats ganz schön warm gehabt und manches Opfer verdammt kalt.

Und ich bitte Sie einfach um Geduld, wenn wir — das hat mein Vorredner, wie ich finde, gut gesagt — mit Begriffen und

**Pfarrer Rainer Eppelmann,
stellvertretender Vorsitzender
des Demokratischen
Aufbruchs**

mit Inhalten noch buchstabieren. Wir sind bis gestern eine geschlossene Gesellschaft gewesen. Das heißt, über das Thema Einheit durfte überhaupt nicht geredet werden. Wer das getan hat, der ist dafür bestraft worden, und nicht nur von den Genossen der Sozialistischen Einheitspartei. Das heißt, geben Sie uns bitte die Chance, daß wir uns finden können. Wir brauchen Zeit. Und verstehen Sie mich bitte nicht falsch, wir brauchen auch Zeit vor Ihnen. Sie sind stark, das wissen Sie. Ich bitte Sie, nehmen Sie Rücksicht — auch auf uns.

Das Wort von der Verantwortungsge-

meinschaft der Deutschen, so meine ich, ist ein gutes Wort. Lassen Sie uns gerade auch in der jetzigen Situation, am Ende dieses Jahres, am Anfang eines neuen Weges für die Deutschen in beiden deutschen Staaten und für die Menschen in Europa, dieses Wort neu buchstabieren. Die meisten von Ihnen werden verheiratet sein oder es gewesen sein. Ich behaupte einfach mal, Sie werden Ihrer Frau oder Ihrem Mann nicht nur ein einziges Mal gesagt haben ich liebe Dich und dann nie wieder — die weiß das ja nun.

Gefühle bedürfen der Bestätigung und der Gewißheit, sie müssen immer wieder ausgesprochen werden. Von daher können wir — darum hat mir die heutige Rede Ihres Bundeskanzlers ausgesprochen gut gefallen — und müssen wir es unseren Nachbarn immer wieder sagen, ja, wir können nicht oft genug sagen: Ihr braucht keine Angst vor uns zu haben. Wir können das verstehen auf dem Hintergrund der Geschichte, der Erfahrung, die Ihr mit uns gemacht habt.

Aber glaubt uns, wir wollen wie Ihr gute Europäer sein. Und wir wollen das dadurch auch zum Ausdruck bringen, daß wir über unsere Zukunft, über die wir letztlich allein bestimmen müssen, mit Euch gemeinsam reden werden, zum Beispiel im KSZE-Prozeß. Da gehört meiner Meinung nach die deutsche Zukunft und die deutsche Frage auch hin. Und wenn es uns gelingt, den Polen, hauptsächlich den Polen, die Angst zu nehmen, daß sie jetzt wieder in Vergessenheit geraten, weil

Sie Ihre Kraft jetzt voll in die DDR investieren, dann wäre auch das ein Stück Verantwortungspartnerschaft. Den Polen geht es schlechter als uns.

Zwei Gesellschaften, die aufeinander zugehen

Und ein letztes Stichwort in Sachen Verantwortungsgemeinschaft: Versuchen Sie sich in die Situation von vielen DDR-Bürgern hineinzusetzen, die, wenn Sie sie fragen, natürlich in ihrer großen Mehrheit von der Einheit reden würden.

Ich glaube, viel weniger DDR-Bürger würden von Wiedervereinigung reden, als das offensichtlich in der Bundesrepublik immer noch der Fall ist, weil das bei uns zumindest ein wenig den Klang hat: das ist etwas zurück, das mal gewesen ist, da wollen wir wieder hin. Das möchten wir eigentlich nicht, sondern das soll ein Prozeß zweier Gesellschaften sein, die aufeinander zugehen. Meine Hoffnung, meine Bitte wäre, daß nicht bloß wir uns verändern müssen, sondern Sie auch. Noch sind Sie keine ganz ideale Gesellschaft. Ich hoffe, da sind wir einer Meinung.

Ein letzter Satz. Geben Sie uns DDR-Bürgern die Chance, morgen nicht feststellen zu müssen, daß wir 45 Jahre lang umsonst gelebt haben. Das kann ungeheuer bitter sein, und das würden wir dann irgendwann alle zu spüren bekommen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den schwächeren Partner als Partner ernst. Dankeschön. ■

Die Redebeiträge der Gäste aus der DDR sind Abschriften von Tonbandmitschnitten. Wir bringen die Reden im Wortlaut, aber mit geringfügigen Kürzungen.

Frank Rottmann:

Lösung der nationalen Frage mit dem Neuaufbau untrennbar verbunden

Die Dinge ändern sich recht schnell, und aus der katholischen Laieninitiative ist übergreifend auf die ganze DDR schon ein neuer Name erwachsen: Aktion Katholischer Christen. Die Aktion Katholischer Christen versteht sich als Laienbewegung, in der sich engagierte Christen gemeinsam zu gesellschaftlichen Fragen artikulieren wollen.

Schon längere Zeit, vor allem seit dem Katholikentreffen in Dresden und der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung haben sich katholische Christen in verschiedenen Gruppen gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und ökologischer Fragen angenommen. Eine breite Bewegung jedoch — und das haben wir sehr schmerzlich empfunden — existierte nicht.

Unter dem Druck der Ereignisse in der DDR wurde der Ruf nach einer landesweiten Laienbewegung laut, wie es sie in Ihrem Lande bereits gibt. Deshalb forderten wir in einem Aufruf im Oktober dieses Jahres alle bereits arbeitenden Gruppen sowie engagierte Christen auf, aktiv am Aufbau einer solchen Bewegung mitzuarbeiten. Das Echo war ermutigend, bereits bestehende Gruppen fanden zueinander, neue Gruppen nahmen ihre Arbeit auf. Eine Begegnung auf Landesebene ist für Anfang kommenden Jahres in Dresden geplant.

Ich kann deshalb hier nur einige Standpunkte und Ansichten darlegen, die aber

nach meiner Meinung repräsentativ für die gesamte Aktion und für viele katholische und andere Christen sowie auch für große Teile der Bevölkerung sind.

Als katholische Christen stellen wir in unserem Lande nur eine kleine Minderheit dar. Es kann deshalb nicht unser Ziel sein, eigene gesellschaftliche Gruppierungen oder Parteien zu gründen. Vielmehr wollen wir uns befähigen, in solchen

Dr. Frank Rottmann, von Beruf Arzt, aus Potsdam, Repräsentant der katholischen Laieninitiative, einer Vereinigung katholischer Christen in der DDR, die die katholische Stimme im gesellschaftlichen Dialog zu Gehör bringen will

Organisationen, die neu entstehen oder die bereits etabliert sind, mitzuwirken und so unseren Einfluß geltend zu machen.

Dabei fühlen wir uns vor allem dem christlichen Gedanken der Solidarität und der Einheit zwischen den verschiedenen Gruppen verpflichtet. Wir wollen mithelfen, Brücken zu bauen zwischen den verschiedenen Strömungen in unserem Land und vor allem zwischen den Ländern und hierbei besonders zwischen den beiden deutschen Staaten.

In unserem Engagement stützen wir uns auf die konkreten und radikalen Anforderungen des Evangeliums, auf die Erfahrungen einer Weltkirche und ihren in vielen Jahrhunderten gewachsenen Realitätssinn im Umgang mit politischen und sozialen Mächten. Ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken mit allen Christen ist uns dabei besonders wichtig. Die Aktion Katholischer Christen will zu einem Grundkonsens in gesellschaftlichen Fragen beitragen.

Dabei gehen wir davon aus, daß es unter Christen unterschiedliche Meinungen zu den verschiedenen Problemen gibt. Diese Meinungsvielfalt wollen wir voll respektieren. Aber gerade weil wir eine kleine Minderheit sind, müssen wir, soll unsere Stimme gehört werden, diese gemeinsam erheben.

Wir stützen uns auf die konkrete Arbeit der regionalen Gruppen in Gemeinden und Städten, auf die Zuarbeit thematisch arbeitender Gremien, um möglichst rasch ein schon lange überfälliges landesweites Netz gesellschaftlicher Aktivitäten aufbauen zu können. Außer dieser Einflußnahme nach außen wollen wir aber auch die Christen unserer Kirche zur Aktivität ermutigen — das ist dringend notwendig. Und wir wollen eine Orientierungshilfe in konkreten Fragen anbieten wie zum Beispiel jetzt bei der Diskussion der nationalen Frage oder bei der bevorstehenden Wahl im Mai nächsten Jahres. Weiter wollen wir auch als selbstverantwortliche Partner der Bischöfe und Priester diese in gesellschaftlichen Fragen beraten.

Bisher haben sich einige wesentliche thematische Schwerpunkte unserer Arbeit herauskristallisiert. Zum ersten ist es die von der Verantwor-

tung für die menschliche Gemeinschaft und für dieses Land getragene Haltung zur Gesellschaft. Dabei ist uns besonders wichtig die Sorge um die Familien, jüngere und ältere Generation, auch das rechte Verhältnis von Leistungsgesellschaft und Solidargemeinschaft, eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, eine zukunftsorientierte Zuordnung von wirtschaftlicher Entwicklung und Bewahrung der Schöpfung.

Wir meinen, daß die Lösung der nationalen Frage untrennbar mit dem Neuaufbau unseres Landes verbunden ist. Eine weitere Verdrängung dieses Problems im Sinne der Zweistaatlichkeit könnte erneut irreversible Fehlentwicklungen für beide Länder und für ganz Europa zur Folge haben. Und — ich muß das hier noch einmal sagen — diese Frage ist für alle Bürger unseres Landes von ganz fundamentaler Bedeutung und muß prinzipiell und jetzt gelöst werden. Die Ungeduld ist außerordentlich groß.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Mitgestaltung einer neuen Verfassung. Dabei befinden wir uns in vielen Anliegen im Konsens mit anderen Bewegungen.

Ein dritter, sehr wesentlicher Punkt: die Umgestaltung des Bildungswesens. Freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in ihrer Vielfalt, Ideologiefreiheit, Ersterziehungsrecht der Eltern, Heranbildung von Menschen, die auch unter Zurückstellung eigener Konsumansprüche sich friedliebend, gewaltfrei, solidarisch und umweltbewußt verhalten, Chancengleichheit und das Recht auf christliche Bildungseinrichtungen sind dabei einige unserer Anliegen. In jedem dieser Punkte sind wir zur konkreten Mit-

arbeit auf jeder Ebene bereit. Wir erteilen dem Begriff Sozialismus eine klare Absage und suchen nach Alternativen im Sinne anderer Formen einer sozialen Gesellschaft. Zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung verstehen wir uns als Opposition zu den meisten der derzeit am runden Tisch vorhandenen Gruppen und Parteien, für die der Begriff Sozialismus offensichtlich schon wieder unproblematisch geworden ist.

Noch ein Wort aus aktuellem Anlaß: Die Ereignisse der letzten Tage rufen uns als Christen auf, daß wir uns mit aller Kraft für die Versöhnung einsetzen. Wir sind für die Wahrheit, die Wahrheit muß an den Tag, die Wahrheit zerstört nie, Wahrheit baut immer auf. Aber wir wollen keine neuerlichen Schauprozesse, sondern Gerechtigkeit. Wir stehen ein für die menschliche Barmherzigkeit, denn Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist grausam.

Wir wollen die Menschen, die schuldig geworden sind, nicht bloßstellen und entwürdigen, sondern ihnen die Chance persönlicher Umkehr geben, ja, sie geradezu dazu einladen. Wir müssen alle umkehren, haben wir doch alle mehr oder weniger Schuld an der jetzigen Situation. Und wer, frage ich, könnte wohl den ersten Stein werfen? Nur so können wir eine wirkliche Gemeinschaft zum Neuaufbau unseres Landes bilden. Nur so können wir die Einheit des deutschen Volkes verwirklichen, in dem wir nicht nur einen Schulterschluß, sondern einen wirklichen Herzensschluß aller Menschen guten Willens versuchen.

Unsere Daseinsverpflichtung als Christen in unserem Lande verstehen wir im Einbringen christlicher Ideale und Lebensformen in unsere Gesellschaft. ■

EVP unterstützt 10-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl

Die Europäische Volkspartei unterstützt den Deutschlandplan von Bundeskanzler Helmut Kohl. Unter Leitung von Ministerpräsident Jacques Santer (Luxemburg) verabschiedete das Politische Bureau der EVP auf seiner Sitzung am 6. Dezember 1989 in Brüssel, die folgende Resolution:

Die Europäische Volkspartei unterstützt Bundeskanzler Helmut Kohl, seine Regierung sowie die christlich-demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, CDU und CSU, angesichts der schwierigen Aufgaben, vor die sie durch den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der DDR gestellt sind.

Der vom Bundeskanzler am 28. November vorgestellte 10-Punkte-Plan bietet eine gute Diskussionsbasis und eröffnet die Chance zur Bewältigung der zahlreichen, komplexen Probleme und gibt die Gewähr dafür, daß alle konkreten Maßnahmen und Entwicklungen in die politische Architektur der europäischen Einigung und der Schlußakte von Helsinki sowie in die institutionelle Logik der Europäischen Gemeinschaft eingebettet bleiben.

Die EVP macht in ihrer Resolution klar: Sie unterstützt den Wunsch des deutschen Volkes, seine Einheit in Freiheit zu vollenden. Ohne Überwindung der deutschen Teilung kann auch die europäische Teilung nicht überwunden werden und umgekehrt. ■

Zur Deutschlandpolitik der SPD

— Eine Dokumentation mit Zitaten —

Wiedervereinigung

1. Die Ablehnung der Einheit

Egon Bahr fordert, „(...) man solle aufhören, im Sinne der Staatlichkeit über die deutsche Einheit zu reden. Es gehe nicht um die Einheit, sondern die Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten“.

(Egon Bahr, *Süddeutsche Zeitung* vom 2. 10. 1989)

„Das muß man nicht nur wissen, sondern man muß es auch sagen und wollen. (...) In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen.“ „Die alte deutsche Frage liegt hinter uns wie die alte Geschichte der europäischen Nationalstaaten.“ (Egon Bahr, „*Nachdenken über das eigene Land*“, Rede in den *Münchener Kammerspielen* am 27. 11. 1988)

Die Lösung der deutschen Frage liegt „eher in der Zweistaatlichkeit“. (Norbert Gansel, *Deutschlandfunk* vom 24. 9. 1989)

„Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen.“ (Walter Momper in einem Interview mit der „taz“ am 30. 8. 1989)

„Wir gehen bei unserer Kritik weiterhin von der Zweistaatlichkeit aus.“ (Walter Momper, Regierungserklärung vom 12. 10. 1989)

2. Die Diffamierung der Wiedervereinigungspolitik

Für Egon Bahr ist — wie er formuliert — die „Fortsetzung der öffentlichen Sonntagsrederei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe deutscher Politik bleibt (...)“ „objektiv und subjektiv Lüge“, „Heuchelei“ und „politische Umweltverschmutzung“. (Egon Bahr, „*Nachdenken über das eigene Land*“, Rede in den *Münchener Kammerspielen* am 27. 11. 1988)

„Wer dabei die deutsche Frage aufwirft, stört Europa. Die Deutschen dürfen kein Störenfried mehr sein.“ (Egon Bahr, „*Nachdenken über das eigene Land*“, Rede in den *Münchener Kammerspielen* am 27. 11. 1988)

Die Wiedervereinigung als realistisches Ziel darzustellen, sei „reaktionär und hochgradig“ gefährlich. (Gerhard Schröder, *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 27. 9. 1989)

„Strikt gegen jede Wiedervereinigungs-Rhetorik“ (Walter Momper, *Neue Presse Hannover* vom 29. 8. 1989)

Auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sprach sich für eine „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ aus. (Hans-Jochen Vogel, Bericht vor der Fraktion, Die SPD im Bundestag vom 3. 10. 1989)

Die Wiedervereinigung ist die „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“. (Willy Brandt in einer Rede am 14. 9. 1988, *Frankfurter Rundschau* vom 15. 9. 1988)

3. Die Programmatik der SPD

In ihrem Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm taucht die Wiedervereinigung nicht mehr auf. Im Godesberger Programm hieß es noch: „Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.“

„Eine europäische Friedensordnung wird es (...) nur mit zwei gleichberechtigten (...) Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.“ (Berliner Koalitionspapier von SPD und Grüne)

„Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden.“ (Leitantrag des „Frankfurter Kreises“ der SPD: „Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD“ an den Bundesparteitag, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986, S.10)

4. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

„Die Präambel zu unserem Grundgesetz ist mit ihrer Forderung nach deutscher Wiedervereinigung nicht mehr realistisch und sollte geändert werden.“ (Klaus Bölling, Express, 21. 5. 1985)

„Es gibt, wir müssen uns das endlich eingestehen, nichts wiederzuvereinigen.“ (Klaus Bölling, Tutzingen Materialien, Nr. 23/1985, S. 10)

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes trage „einen imperialistischen Charakter in sich“. (Richard Nosper, Bürgermeister von Saarlouis und enger Mitarbeiter Oskar Lafontaines, „Bundesrepublik Deutschland — Vaterland“, Festvortrag anlässlich eines Volkshochschuljubiläums, 1. 10. 1987)

5. Kritische Stimmen aus der SPD

„Wer Selbstbestimmung auch den Deutschen zugesteht, müßte die Einheit nahezu als selbstverständlich einrechnen (...).“ Die Linke habe sich „immer schwer getan, die großen Wechselfälle der Geschichte zu begreifen, die sozialen und seelischen Bruchstellen im Leben der Völker und Menschen auszuloten“. (Dr. Brigitte Seebacher-Brandt, FAZ vom 21. 11. 1989, s. auch Anlage)

Die deutsche Linke befindet sich in der Gefahr, einen historischen Fehler zu machen. Vergleichbar nur der Ablehnung der radikalen marktwirtschaftlichen Reformen Ludwig Erhards nach 1948 und der Westintegration der Bundesrepublik nach Beginn des kalten Krieges 1949. (...) Heute geht um ihre unklare Haltung zur staatlichen Einheit der beiden deutschen Staaten. „Ob wir die Einheit in einem Staat selber wollen, (...) wird bewußt nicht gesagt.“ Die SPD verfolge damit eine „Politik der Ausklammerung einer Wiedervereinigung als politisches Ziel“. „Wer Politik für Deutschland machen will, muß erkennen: Die Teilung bleibt widernatürlich. Und wer die Chance bekommt, über Widernatürliches zu bestimmen, wird das Natürliche wiederherstellen. Selbstbestimmung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind eben nur zwei Worte für eine Sache.“ (Klaus von Dohnanyi im Stern vom 16. 11. 1989)

Friedhelm Farthmann kann es überhaupt nicht verstehen, daß die SPD im Augenblick den Eindruck erweckt, „Reichsbedenkenträger gegen die Wiedervereinigung“ zu sein. Es dürfe keinen Zweifel daran geben, daß jeder Schritt begrüßt werde, den sich die beiden deutschen Staaten näher kämen. Bedenken aus den Reihen seiner eigenen Partei würden

einerseits aus einem „miesen und kleintlichen Egoismus“ gespeist. Zum anderen werde die Meinung geäußert, die DDR müsse als „Musterregion des echten Sozialismus“ erhalten bleiben. **(DDP 075 vom 7. 11. 1989: „Farthmann kritisiert SPD-Diskussion zur DDR“)**

Staatsbürgerschaft

„Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt.“ **(Oskar Lafontaine, FAZ vom 15. 11. 1985)**

„Die SPD bleibt bei der bisherigen Position, die DDR-Staatsbürgerschaft zu respektieren.“ **(Oskar Lafontaine in Bild am Sonntag vom 24. 9. 1989)**

Lafontaine hat zudem in einer namentlichen Abstimmung im Saarländischen Landtag einen von der FDP eingebrachten Antrag mit abgelehnt, in dem es heißt: „Deshalb bekennt sich der Saarländische Landtag ausdrücklich zu der im Grundgesetz verankerten einheitlichen Staatsbürgerschaft.“ **(Vgl. FAZ vom 21. 11. 1989)**

Richard Nosper, Oberbürgermeister von Saarlouis und Vertrauter von Oskar Lafontaine, verlangt, „die Deutsche Demokratische Republik ohne Wenn und Aber als einen Staat mit Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern ... anzuerkennen.“ **(„Bundesrepublik Deutschland — Vaterland“, Festvortrag anlässlich eines Volkshochschuljubiläums, 1. 10. 1987)**

„Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft mit allen Konsequenzen.“ **(Erhart Körting, SPD-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, Presseerklärung über Ansatzpunkte für eine neue DDR-Politik, 31. 1. 1989)**

„Für die Jusos ist die DDR Ausland.“ **(Der stellvertretende Sprecher des Juso-Landesverbandes in Baden-Württemberg, Lange, laut FAZ vom 29. 8. 1989)**

„Das Volk der DDR will Demokratie und Selbstbestimmung und eine soziale Gesellschaftsordnung.“ „Jetzt ist die Stunde, in der das Volk der DDR selbst bestimmen will.“ **(Walter Momper in der Debatte „Zur Lage der Nation“ am 8. 11. 1989)**

„Die historische Chance der Freiheit (...) kann nur dann genutzt werden, wenn wir auf die chancenlose Vereinigung verzichten, wenn wir den anderen deutschen Staat akzeptieren (...) **(Norbert Gansel, „Wandel durch Annäherung — Wandel durch Abstand“, Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1989)**

Der SPD-Fraktionsvorstand machte sich am 23. September 1985 auf seiner Sitzung in Berlin eine Entschließung der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder zu eigen, in der es unter anderem heißt: „Aus der wechselseitigen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten ergeben sich Folgerungen für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft.“ **(zitiert nach dpa, 23. 9. 1985)**

Auch die SPD Schleswig-Holsteins setzt sich offen für die „Akzeptanz der Staatlichkeit der DDR durch alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik“ ein. **(Resolution des Landesausschusses der SPD Schleswig-Holsteins zur Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik, in SPD-Pressedienst, 21. 1. 1986)**

Verhältnis SPD — SED

„Sie [die SPD] glorifiziert regelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen.“

„Die haben wohl vergessen, was mit ihnen früher hier passiert ist.“ „Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen, nun also auch noch ein SED-SPD-Papier. (...) Der SED-Ideologe Reinhold, dieser clevere Frosch und Intimus von Kurt Hager, hat die Brüder von der SPD mal wieder gehörig über'n Tisch gezogen.“ (Freya Klier, Theaterregisseurin aus der DDR, die 1988 ausgebürgert wurde, in ihrem Buch „Abreiß-Kalender“)

Norbert Gansel stellt heute fest, daß die SED das gemeinsame Papier mit der SPD nur „zum Ausweis ihrer Liberalisierung nach außen und im Innern als ein Element der Legitimierung durch die Sozialdemokratie nutzen“ wollte.

Gansel fordert einen „Wandel durch Abstand“. „Dazu muß Abstand von den Reformgegnern in der DDR gehalten werden.“ (Norbert Gansel, „Wandel durch Annäherung — Wandel durch Abstand“, Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1989)

„Die Zeit der falschen Rücksichtnahme ist vorbei.“ „Es gibt eigentlich keine Legitimation mehr für uns, mit Honecker, Krenz u.a. freundschaftliche Beziehungen zu halten.“ (Dr. Erhart Körting, „Ansatzpunkte für eine neue DDR-Politik“ Diskussionspapier vom August 1989)

Und auch Willy Brandt gibt zu, daß er die Vereinbarungen mit der SED heute nicht mehr unterschreiben würde. (Vgl. Le Monde, 19. 9. 1989)

„Fototerminen mit den Betonköpfen der SED sind Bären Dienste für den inneren Wandel in der DDR.“ (Norbert Gansel, Wandel durch Annäherung — Wandel durch Abstand, Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1989)

Gerhard Schröder nach einer Ost-Berlin-Reise im Herbst 1985 über Erich Honecker: „Das ist ein zutiefst redlicher Mann.“ („Vorwärts“ vom 21. 12. 1985)

„Ich empfinde für Herrmann Axen freundschaftliche Gefühle. (...) Ich weiß, daß er ein sehr sensibler feinfühligler Mensch ist (...).“ (Egon Bahr in einem Interview mit dem Flensburger Tageblatt, 25. 11. 1989)

Widersprüche zur SDP

„Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden. Wichtig ist, daß sich der Reformdruck in der Bevölkerung und in Teilen der SED endlich in der Spitze der Staatspartei durchsetzt. Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht und wird sie in absehbarer Zeit behalten.“ (Walter Momper im Interview mit der „taz“ am 30. 8. 1989, angesprochen auf die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, die dann knapp einen Monat später erfolgte.)

Egon Bahr betonte bei der Gründung der SDP, daß keine Kontakte zwischen SPD und SDP bestünden, und begründete dies damit, daß die SPD sich „mit großer Sorgfalt“ daran halte, in anderen Ländern „nicht konspirativ tätig“ zu werden. (DDP-Meldung vom 9. 10. 1989)

Auch in der Frage der Wiedervereinigung werden Widersprüche zwischen SDP und SPD deutlich:

„Für die Zukunft müssen Möglichkeiten geprüft werden, wie man zu einer Einheit kommen könnte.“ (Angelika Barbe, SDP, im Stern vom 16. 11. 1989)

Eine „schweigende Mehrheit“ sei für die Wiedervereinigung. (Konrad Elmer, SDP-Vorstandsmitglied, Die Welt vom 13. 11. 1989)

Hierzu Walter Momper: In der DDR „rede kein Mensch von der Wiedervereinigung“. (FAZ vom 23. 10. 1989)

Aus- und Übersiedler

Die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern sei eine „Gefährdung des Entspannungsprozesses“. (Egon Bahr beim 2. „Friedenssymposium“ der Partnerstädte Hamburg und Dresden, nach der „Welt“ vom 22. 8. 1989)

„Ist es richtig, daß wir allen Bürgern der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien und anderen Staaten Osteuropas leben — daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen?“ „Ich meine, die Antwort ist historisch gewachsen und die wir bisher gegeben haben, ist nicht mehr aufrechtzuhalten.“ (Oskar Lafontaine in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, 25. 11. 1989)

Oskar Lafontaine sagte, er habe „gewisse Probleme damit, Deutschstämmige in der vierten und fünften Generation hier vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist“. (FAZ vom 27. 10. 1988)

Peter Conradi, MdB, warf der Bundesregierung vor, sie vertrete eine „deutschtümelnnde Heim-ins Reich-Haltung“. (FAZ vom 25. 10. 1989)

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann warnte vor einer „Verhätschelung“ der Flüchtlinge aus der DDR, die irgendwann bei der einheimischen Bevölkerung „böses Blut machen“ werde. Übersiedlern würden Arbeitsplätze „auf dem goldenen Tablett“ serviert. (FAZ vom 20. 10. 1989)

„Der Übersiedlungsstrom muß gesetzlich und faktisch erschwert werden. De facto locken wir heute DDR-Bürgerinnen und Bürger zu uns.“ „Die Erschwerung der Aufnahme einzelner in der Bundesrepublik bedeutet Erleichterung für Millionen.“ (Dr. Erhart Körting, „Ansatzpunkte für eine neue Deutschlandpolitik“, Diskussionspapier vom August 1989)

„Ich bin keineswegs beeindruckt von den Bildern der jungen Leute, die jetzt aus der DDR kommen. Das sind dieselben angepaßten Aufsteiger, die wir schon hier zu Tausenden haben und die uns noch viel Kummer machen werden.“ (Pfarrer Heinrich Albertz, FAZ vom 20. 10. 1989) ■

Schlüsselanhänger

Der hier abgebildete Schlüsselanhänger mit dem Motiv des Brandenburger Tors, auf dessen Rückseite unser neuer Slogan „Wir sind ein Volk!“ steht, kann ab sofort im IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, bezogen werden.

Bestell-Nr.: 9219

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 40,— DM
zuzügl. MwSt. inkl. Versand



Landesparteitag in Husum

Wir Deutschen gehören zusammen

Die Deutschlandpolitik stand auch ganz im Vordergrund eines zweitägigen Parteitags der schleswig-holsteinischen CDU in Husum (8./9. Dezember), bei dem es darum ging, die Kommunalwahl am 25. März 1990 vorzubereiten.

Wie Generalsekretär Volker Rühle stellte auch der Landesvorsitzende Ottfried Hennig in seiner Rede heraus, daß der Wille aller Deutschen in Ost und West, wieder in einem einigen Vaterland zu leben, noch nie einen so überwältigenden Ausdruck gefunden hat wie in diesen Wochen. Ottfried Hennig: „Wir Deutschen gehören zusammen.“

Hennig und Rühle dankten in diesem Zusammenhang dem Bundeskanzler für seine Kurstreue, sein Stehvermögen und erklärten es als eine der wichtigsten Aufgaben für die CDU in den kommenden zwölf Monaten, auch den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen: Der Erfolg, der jetzt geradezu mit Händen zu greifen ist, ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern von der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl herbeigeführt worden.

Dieser Erfolg bedeutet, daß vor allem auch der Sozialismus in allen seinen Spielarten — auch der sogenannte demokratische Sozialismus — als gesellschaftliches und wirtschaftliches System ausgedient hat. Es ist die soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Planung, das Privateigentum statt gesellschaftlichen Eigentums und die Selbstverantwortung statt der Gleichmacherei, was die Menschen in der DDR in ihrer großen Mehrheit fordern. Volker Rühle: Deshalb kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, ein

falsches System durch wirtschaftliche Hilfen etwas erträglicher zu machen. Vielmehr geht es um Hilfen für einen Neuanfang. Und dieser Neuanfang — so Rühle wie Hennig — ist nur durch freie Wahlen möglich. Denn nur aus freien Wahlen kann eine Regierung hervorgehen, die für die Bundesregierung ein legitimer Gesprächspartner ist.

Wie auf der Sitzung des Bundesausschusses der CDU in Berlin waren auch in Husum Gäste aus der DDR. Sowohl der Bezirksvorsitzende der CDU Schwerin, Lothar Moritz, als auch der Vorstandssprecher der neugegründeten Freien Deutschen Union, Thomas Roloff, hatten keine andere Botschaft in ihren kurzen Ansprachen als: Deutschland wächst wieder zusammen. Und: Dieser Prozeß muß unumkehrbar bleiben.

Mit einer Reihe von Anträgen wurde der Entwurf des Kommunalwahlprogramms vor allem in seinen Schwerpunkten Jugend- und Schulpolitik sowie Regional- und Verkehrspolitik beraten und erweitert. Nach Diskussionen über die Kommunalverfassung, die innere Sicherheit und den Umweltschutz wurde auch eine Ergänzung angenommen, nach der die CDU alle Möglichkeiten nützen wird, Beziehungen zur DDR und insbesondere zu Mecklenburg anzuknüpfen und zu entwickeln.

Auf dem satzungsgemäß vorgeschriebenen zweiten Landesparteitag, der sich unmittelbar an den ersten anschloß, verabschiedeten die Delegierten die schleswig-holsteinische Landesliste für die Bundestagswahl 1990. Mit großer Mehrheit wurden die Vorschläge des Landesvorstands angenommen. ■



Karl Carstens wird 75 Jahre alt

Am heutigen Donnerstag, dem 14. Dezember, vor 75 Jahren wurde Karl Carstens in Bremen geboren. Seit 1955 ist Carstens Mitglied der CDU. Er hat der Partei und dem Staat in einer Fülle von Ämtern und Funktionen gedient, wurde 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und am 23. Mai 1979 von der Bundesversammlung in Bonn zum Bundespräsidenten gewählt, um nur die wichtigsten zu nennen.

Aus Anlaß seines Geburtstages haben der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, für den heutigen Abend zu einem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eingeladen. Bei dieser Gelegenheit werden prominente Redner aus allen politischen Lagern die Verdienste dieses Mannes würdigen.

UiD-Dokumentationen

Wichtige Dokumentationen, die über das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, bezogen werden können:

● Wiedervereinigung bleibt unser politisches Ziel. Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. (38/1989)

Bestell-Nr.: 5218

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

10,— DM

● Die Rentenreform von A bis Z. Mit der Rede von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bei der Verabschiedung des Reformgesetzes am 9. November 1989 im Deutschen Bundestag (37/1989)

Bestell-Nr.: 5208

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

19,50 DM

● Umweltschutz von A bis Z. Die umweltpolitischen Beschlüsse des 37. Bundesparteitags in Stichworten (39/1989)

Bestell-Nr.: 5221

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

19,50 DM

Die Preise verstehen sich zuzüglich MwSt. inklusive Versand.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

Informationsoffensive Steuerreform

Zum 1. Januar 1990 tritt die dritte Stufe der Steuerreform in Kraft. Nie zuvor hat eine Bundesregierung den Steuerzahlern so viel Geld zurückgegeben. Endlich lohnt sich Leistung wieder!

Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Inhalte der Steuerreform öffentlichkeitswirksam herauszustellen.

Damit die Mitglieder der CDU gleich zu Beginn des Jahres 1990 im Rahmen einer bundesweiten Informationsoffensive zur Steuerreform alle Mitbürgerinnen und Mitbürger umfassend über alle Aspekte der Steuerreform informieren können, stehen zwei interessante Informationsmittel zur Verfügung:

- Ein kleines Lexikon „**Die Steuerreform von A bis Z**“, das in der bewährten Form einer Taschenbroschüre

über die zentralen Begriffe der Steuerreform Auskunft gibt.

Bestell-Nr.: **5212**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 18,— DM

- Ein Massenverteilungsmittel in Form einer **Gehaltsabrechnung** (siehe Abbildung), die das politische Gesamtkonzept der Steuerreform argumentativ und mit einigen leicht verständlichen Beispielen anschaulich darstellt.

Bestell-Nr.: **2213**

Mindestabnahme: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.: 42,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4808 Versmold

ab sofort!

*Mit der Bitte
um Kenntnisnahme
Ihre* **CDU**

Lohn-/
Gehaltsabrechnung

P-Nr.	AGS
Abrechnungszeitraum	
01.-31.01.1990	

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

FEST DER BEGEGNUNG



Grenzenlose Freude! Nach 28 Jahren gab es ein Wiedersehen, wie hier an der Falkenseer Chaussee zwischen Nauen und Berlin-Spandau, wo Landsleute aus der DDR mit brennenden Wunderkerzen und Blumen die Grenze überschritten.

*Wir wünschen
eine gute Zukunft*

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

40/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Luthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, **Einzelpreis** 1,20 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.